

**Die Inhalte der Europawahl-Programme der Parteien**  
Ihre Bedeutung für die politische Kommunikation bei der Europawahl 1999  
und die Responsivität der Parteien im Zeitverlauf

Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe (Neuantrag)  
bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft

von

Hermann Schmitt  
MZES, Universität  
68131 Mannheim

Januar 2001

## Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben	4
2.	Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten	6
2.1.	Stand der Forschung	6
2.1.1.	Der demokratische Prozeß der Europäischen Union	6
2.1.2.	Was sind „Streitfragen der Politik der Europäischen Union“? Konzeptuelle Grundüberlegungen	8
2.1.2.1.	Typen politischer Streitfragen und die damit verknüpften Mechanismen der Parteienkonkurrenz und der Wahlentscheidung	8
2.1.2.2.	Verfassungsfragen und Fragen der „normalen Politik“ der Europäischen Union	11
2.1.3.	Die Wichtigkeit von Fragen der Politik der Europäischen Union und die Effektivität politischer Repräsentation	13
2.1.4.	Unter welchen Umständen werden Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“?	14
2.1.5.	Drei zentrale Akteure im europapolitischen Kommunikationsprozeß: Parteien, Medien und Wähler	15
2.1.6.	Die Euromanifestos-Studie in der Europawahl-Studie 1999	18
2.1.6.1.	Drei Forschungsfragen	19
2.1.6.2.	Methodische Aspekte	22
2.1.6.2.1.	Die Bestimmung von Parteipositionen	23
2.1.6.2.2.	Die Bestimmung des parteilichen Problemnachdrucks	24
2.1.6.3.	Methodische Weichenstellungen	27
2.2.	Eigene Vorarbeiten	30
2.2.1.	Die Wählerstudie	31
2.2.2.	Vorbereitungen für die Euromanifestos-Studie	32
2.2.3.	Die weiteren Module	33
3.	Ziele und Arbeitsprogramm	33
3.1.	Ziele	33
3.2.	Arbeitsprogramm	34
4.	Beantragte Mittel	35
4.1.	Personalbedarf	35
4.2.	Wissenschaftliche Geräte	37
4.3.	Verbrauchsmaterial	37
4.4.	Reisen	38
4.5.	Sonstige Kosten: Aufträge an Dritte	39
5.	Voraussetzungen für die Durchführung des Vorhabens	40
5.1.	Zusammensetzung der Arbeitsgruppe	40
5.2.	Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern	40
5.3.	Arbeiten im Ausland und Kooperation mit ausländischen Partnern	41
5.4.	Apparative Ausstattung	41

5.5.	Laufende Mittel für Sachausgaben	41
5.6.	Sonstige Voraussetzungen	41
6.	Wirtschaftliche Verwertung	42
7.	Erklärungen	42
8.	Unterschrift	42
9.	Anlagen	43
9.1.	Verzeichnis der zitierten Literatur	44
9.2.	The European Election Study 1999: Some Notes on Background, Leading Research Question, and Study Design	49
9.3.	The Coding Scheme of the Comparative Manifestos Project	57
9.4.	English Master Questionnaire EES'99 (Voter Study)	65
9.5.	The MEP Behaviour Study	83
9.6.	Tabellarischer Lebenslauf des Antragstellers	87

## **1. Allgemeine Angaben**

Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe (Neuantrag)

### **1.1. Antragsteller**

Hermann Schmitt, Dr.

wissenschaftlicher Angestellter

geboren am 2. November 1952, deutsch

Geschäftszeichen früherer Anträge: SCHM 835/3-1

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Universität Mannheim

D-68131 Mannheim

Telefon: 0621-1812881

Telefax: 0621-1812880

email: hermann.schmitt@mzes.uni-mannheim.de

Privatadresse und Telefon: Holunderstraße 13, 68199 Mannheim, 0621-861219

(Ein tabellarischer Lebenslauf des Antragstellers ist diesem Neuantrag als Anlage 9.6 beigelegt.)

### **1.2. Thema**

Die Inhalte der Europawahl-Programme der Parteien: Ihre Bedeutung für die politische Kommunikation bei der Europawahl 1999 und die Responsivität der Parteien im Zeitverlauf

### **1.3. Kennwort**

"Euromanifestos"

### **1.4. Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Politische Wissenschaft, empirische Sozialforschung

### **1.5. Voraussichtliche Gesamtdauer**

Januar 2000 bis Dezember 2003

## **1.6. Antragszeitraum**

Juli 2001 bis Juni 2003

## **1.7. Gewünschter Beginn der Förderung**

Juli 2001

## **1.8. Zusammenfassung**

Im Rahmen des Forschungsverbundes der Europawahlstudie 1999 sollen die Bedingungen wirkungsvoller politischer Repräsentation in der Europäischen Union ermittelt werden. Wirkungsvolle politische Repräsentation setzt voraus, daß die zugrunde liegenden politischen Fragen „wichtig“ sind; deshalb soll (1) die Frage geklärt werden, unter welchen Umständen Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“ werden. Wirkungsvolle Repräsentation setzt auch voraus, daß politische Parteien responsibel sind; deshalb soll (2) geklärt werden, ob europäische Parteien hinsichtlich von Fragen der Politik der Europäischen Union auf verschiedenen Systemebenen mit einer Stimme reden und auch das tun, was sie zu tun versprechen. Wirkungsvolle Repräsentation wird schließlich gestützt durch die Responsivität politischer Parteien; deshalb soll (3) die Frage überprüft werden, ob politische Parteien mögliche Änderungen in den Einstellungen ihrer Wähler zu Fragen der Politik der Europäischen Union in ihren politischen Realitätsdeutungen und Zieldeklarationen berücksichtigen.

Dies voraus, daß die Inhalte der Europawahl-Programme politischer Parteien hinsichtlich der Salienz politischer Themen, des gouvernementalen *frame*, in welchem sie präsentiert werden, und auch hinsichtlich der Position, die der korporative Akteur politische Partei zu Fragen der Politik der Europäischen Union bezieht, inhaltsanalytisch aufbereitet werden. Die so generierten Daten können dann zu den Ergebnissen der anderen Teilprojekte der Europawahlstudie 1999, aber auch zu den Ergebnissen des MRG-Projektes, in Beziehung gesetzt und vergleichend ausgewertet werden.

## **2. Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten**

### **2.1. Stand der Forschung**

#### **2.1.1. Der demokratische Prozeß der Europäischen Union**

Auch wenn es direktdemokratische Elemente in vielen politischen Systemen gibt, zeitgenössische Demokratien sind repräsentative Demokratien. Dies gilt auch für die Europäische Union. Obwohl diese als politisches Mehrebenensystem eigenen institutionellen Regeln folgt (vgl. z.B. Weiler, Haltern und Mayer 1995; König, Rieger und Schmitt 1996), fließen die politischen Präferenzen der Bürger auch und gerade hier nicht direkt in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Sie werden über allgemeine Wahlen (vgl. van der Eijk und Franklin 1996; Schmitt & Thomassen 1999) und durch das *lobbying* eines ausdifferenzierten Verbändesystems (vgl. Mazey und Richardson 1993; Pedler und van Schendelen 1994) in den politischen Entscheidungsprozeß eingespeist. Bei den Wahlen sind zwei Repräsentationskanäle zu unterscheiden: den föderalen über direkte Wahlen zum Europäischen Parlament, und den konföderalen über nationale Hauptwahlen (Schmitt & Thomassen 1999).

Am Anfang eines auf Wahlen beruhenden Repräsentationsprozesses stehen die politischen Anliegen und Forderungen der Wähler. Parteien greifen diese selektiv auf und führen sie in Wahlprogrammen zusammen. Diese Programme kann man am besten als parteiliche Angebote an politischen Realitätsdeutungen und Problemlösungsversprechen beschreiben, die sich Wähler mehr oder weniger zu eigen machen. Wähler entscheiden sich für die Partei, mit deren Realitätsdeutung sie am ehesten übereinstimmen und der sie die Lösung der für sie wichtigen politischen Probleme am ehesten zutrauen. Die Aufgabe der siegreichen Partei (oder Parteien) ist die Realisierung der im Programm niedergelegten und im Wahlkampf artikulierten Problemlösungsversprechen. Die Wähler bewerten die Regierungspolitik und treffen auf dieser Basis, aber auch angesichts neuer parteilicher Realitätsdeutungen und neuer Problemlösungsversprechen bei der nächsten Wahl erneut eine Wahlentscheidung (vgl. Schmitt 1999).

Da direkte Wahlen zum Europäischen Parlament nicht direkt zur Bildung einer Regierung führen, fällt der letzte Schritt – die Übersetzung der Wahlversprechen in Regierungspolitik – im föderalen Repräsentationskanal der Europäischen Union formal gesehen zunächst aus. Allerdings ist das direkt

gewählte Parlament zunehmend an der Gesetzgebung der Union und auch bei der Bestellung der Kommission beteiligt, und es verfügt über ein mächtiges Budgetrecht. Daraus ergibt sich, daß die politischen Orientierungen der gewählten Abgeordneten – wenn auch weniger direkt als von vielen gewünscht – sich durchaus in den politischen Entscheidungen der Europäischen Union wiederfinden (z. B. Weßels und Schmitt 2000). Deshalb macht es durchaus Sinn, die Effektivität des föderalen Kanals elektoraler Repräsentation der Europäischen Union zu untersuchen.<sup>1</sup>

Die Politik der Europäischen Union wird nach wie vor in hohem Maße aber auch von den nationalen Regierungen gemacht. Folglich nehmen die Bürger der Mitgliedsstaaten der Union dazu nicht nur bei Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch bei den nationalen Hauptwahlen Stellung. In diesen nationalen Hauptwahlen werden nämlich die Regierungen ermittelt, die im Rat die Politik der Union (mit-) bestimmen. Nationale Wahlen können in dem Maße zum Vehikel politischer Repräsentation für das politische System der EU werden, in dem die Parteien im Wahlkampf Fragen der Politik der Europäischen Union thematisieren. Aber auch die Wahlen zum Europäischen Parlament können nur dann die von ihnen erwartete europäische Repräsentativfunktion erfüllen, wenn sie nicht zu Nebenwahlen degradiert werden, in denen die Politik der Europäischen Union von national-spezifischen Streitfragen überlagert wird und selbst keinen oder nur einen geringen Stellenwert hat (Reif und Schmitt 1980). Deshalb ist es besonders wichtig, die Bedeutung von Fragen der Politik der Europäischen Union bei nationalen Hauptwahlen und bei Wahlen zum Europäischen Parlament zu bestimmen.

Es geht dabei aber nicht nur um die *supply side* der Politik, das heißt um das Themenangebot der politischen Parteien. Effektive Repräsentation von Politikpräferenzen setzt auch voraus, daß die zugrundeliegenden politischen Streitfragen von den Wählern als hinreichend wichtig („salient“) angesehen werden, um das Wahlverhalten in Konkurrenz mit anderen Bestimmungsfaktoren – etwa der sozialen Lage (Berelson et al. 1954; Lipset und Rokkan 1967), der Parteibindung (Campbell et al.

---

<sup>1</sup> Die Effektivität politischer Repräsentation bemißt sich an der Übereinstimmung zwischen den Anliegen und Forderungen der (Mehrheit der) Wähler und den *policy outcomes*, die die gewählte Regierung produziert. In der herkömmlichen Sichtweise des *responsible party model* (Kirkpatrick 1971, Luttbeg 1974, Thomassen 1991 und 1994) orientiert sich dabei das Handeln der Gewählten an den Präferenzen der Wähler. Neuere europäische Arbeiten betonen allerdings Willensbildungsprozesse (Parteien „bilden“ Wählerpräferenzen – *top down*) fast stärker als Prozesse der Interessenvermittlung (Parteien repräsentieren Wählerpräferenzen – *bottom up*; vgl. Esaiasson und Holmberg 1996, Holmberg 1997). Wie die Kongruenz auch immer zustande kommen mag, am Ende müssen die politischen Präferenzen der Wähler mit der Politik der Regierung einigermaßen übereinstimmen, damit man von effektiver politischer Repräsentation reden kann (vgl. Klingemann et al. 1994).

1960, 1968) oder den zur Wahl stehenden Kandidaten (vgl. Wattenberg 1991; Aarts, Blais und Schmitt, in Vorbereitung) – zu determinieren. Wenn die Politik der Europäischen Union für Wähler und/oder Gewählte nicht wichtig ist, kann politische Repräsentation in der EU nicht effektiv sein. Die Bestimmung dieser Wichtigkeit (*saliency*), und insbesondere die Ermittlung der Ursachen der Variation dieser Wichtigkeit innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern der Union, ist deshalb das Kernanliegen der Europawahlstudie 1999.

### **2.1.2. Was sind „Streitfragen der Politik der Europäischen Union“? Konzeptuelle Grundüberlegungen**

Bevor wir näher auf das Forschungsdesign der Europawahlstudie 1999 eingehen, ist die etwas apokryphe Rede von den „Fragen der Politik der Europäischen Union“ aufzuklären. Was verbirgt sich dahinter? Es geht im Kern um zwei wichtige Konkretisierungen. (1) Politische Streitfragen umfassen nicht nur Positionen „für“ oder „gegen“ konkrete Politiken, d.h. mehr als sogenannte Positions-Issues (*position issues*). (2) Die Politik der Europäischen Union umfaßt mehr als Verfassungsfragen.

#### **2.1.2.1. Typen politischer Streitfragen und die damit verknüpften Mechanismen der Parteienkonkurrenz und der Wahlentscheidung**

Die ökonomische Theorie der Parteienkonkurrenz und der Wahlentscheidung, die einen zentralen Ursprung in der Arbeit von Anthony Downs (1957) hat, ist dem klassischen Modell der „großen Debatte“ nachempfunden. Parteien, die sich in direkter Konfrontation zu den gleichen Themen äußern, stehen sich mit unterschiedlichen Positionen gegenüber. Der Parteienwettbewerb besteht darin, daß diese Parteien zu einem identischen Sortiment von *issues* unterschiedliche Positionen beziehen in der Absicht, sich maximale Wählerunterstützung zu sichern. Die Wähler ihrerseits vergleichen die eigenen Politikpräferenzen mit den Positionen der konkurrierenden Parteien mit dem Ziel, die Partei zu ermitteln, deren Wahl ihnen den größten Nutzen verspricht. In der Theorie der rationalen Wahl (*rational choice*) verfügen die Wähler über klar definierte und aus der Verfolgung des eigenen Nutzens resultierende Politikpräferenzen, anhand derer sie sich selbst in einem mehr-



dimensionalen *policy*-Raum lokalisieren und die Partei wählen, deren Positionen ihren eigenen am nächsten sind. Dem steht in der Realität ein gravierendes Informationsproblem bei den Wählern entgegen: offenbar wissen diese oft nicht, welche Position die konkurrierenden Parteien auf den verschiedenen *issue*-Dimensionen einnehmen. Das räumliche Modell nach Downs geht deshalb davon aus, daß die verschiedenen *issue*-Positionen der konkurrierenden Parteien sich auf einem übergeordneten ideologischen Kontinuum (etwa der Links-Rechts-Dimension) einordnen lassen und daß dies das Informationsproblem der Wähler vermindert.

Dieses sparsame und elegante Modell politischen Verhaltens wird seit seiner Veröffentlichung wegen der Realitätsferne seiner Annahmen kritisiert. Zunächst standen die Annahmen der Eindimensionalität des ideologischen Raumes (vgl. z.B. Stokes 1966) und die Betrachtung einer Partei als *unitary actor* (vgl. z.B. Sartori 1976) im Mittelpunkt der Kritik. Die aktuelle Welle der Auseinandersetzung mit dem räumlichen Modell der Wahlentscheidung wurde von Rabinowitz und Macdonald (1989) angestoßen und ist durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen als Richtungsmodell der Wahlentscheidung bekannt geworden. Diese Welle der Kritik wendet sich nicht so sehr gegen problematische Annahmen des ursprünglichen räumlichen Modells, sondern hebt auf seine eher beschränkten Erfolge bei der Erklärung individuellen Wahlverhaltens ab. Wir müssen hier nicht näher auf dieses räumliche Modell eingehen, da gezeigt worden ist, daß es selbst auch keinen wesentlich größeren Erklärungserfolg für sich reklamieren kann (van der Eijk und Franklin et al., 1996; Krämer und Rattinger 1997; Schmitt 1998, 1999).

Angesichts dieser Unstimmigkeiten wurde dem räumlichen Modell von Robertson 1976 die sogenannte *saliency theory* des Parteienwettbewerbs und der Wahlentscheidung entgegengestellt, die dann durch die *Manifesto Research Group* (MRG) des ECPR in ein international-vergleichendes Forschungsprogramm zur Erfassung der Inhalte von Parteiprogrammen übertragen wurde (vgl. z.B. Budge und Farlie 1977, 1983a, 1983b; Laver und Budge 1992; Klingemann, Hofferbert und Budge 1994; Laver 2001, im Erscheinen). Während die Parteien im räumlichen Modell innerhalb eines gemeinsamen Themenkataloges jeweils eindeutige Positionen beziehen, betonen sie nach der *saliency theory* vor allem solche Themen, von denen sie sich einseitige Wählerunterstützung erwarten und vernachlässigen andere, die sie als nachteilig für ihre Wettbewerbs-

chancen einschätzen.<sup>2</sup> „The picture of party competition ... changes from the classical “great debate”, or direct argument over a common range of problems, to one where parties talk past each other, glossing over areas which might favour their rivals while emphasising those on which they feel they have an advantage.“ (Budge et al. 1987:24)

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Konzepten läßt sich mit der von Stokes vorgeschlagenen Differenzierung zwischen *position issues* und *valence issues* (vgl. Stokes 1966, Butler und Stokes 1972) verdeutlichen. Dem räumlichen Modell liegt klar die Vorstellung von *position issues* zugrunde. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß es Befürworter und Gegner einer bestimmten Politik gibt. Im Fall von *policy*-Kontinuen kommen zur Zustimmung und Ablehnung noch alle möglichen Abstufungen zwischen den beiden Extrempositionen hinzu.<sup>3</sup> Hier können die Wähler des räumlichen Modells ihre eigenen *policy*-Präferenzen mit den Positionen der konkurrierenden Parteien vergleichen und daraus wahlverhaltensrelevante Schlußfolgerungen ziehen. Salienz- und Parteienkompetenz-Ansätze beziehen sich dagegen zumeist (aber nicht notwendigerweise) auf *valence issues*. Diese unterscheiden sich von *position issues* dadurch, daß es zu ihnen nur Zustimmung, keine legitime Ablehnung gibt.<sup>4</sup> Hier ist der parteiliche Problemnachdruck (*issue emphasis*) und im Erfolgsfalle die vom Wähler wahrgenommene Wichtigkeit eines Issues der Mechanismus für einen möglichen Einfluß auf das Wahlverhalten (vgl. z.B. Butler und Stokes 1972).<sup>5</sup> Neben der Wichtigkeit kommt aber noch eine weitere Bedingung für nennenswerte Issue-Effekte auf das Wahlverhalten hinzu. Nicht nur müssen die Issues für die Wähler hinreichend wichtig sein; es

---

<sup>2</sup> Klassische Themen für Parteien, die aus der Arbeiterbewegung kommen, sind z.B. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung bzw. Er kämpfung sozialer Sicherheit; für bürgerlich-konservative Parteien z.B. die Gewährleistung von Recht und Ordnung und die Notwendigkeit der Landesverteidigung.

<sup>3</sup> Ein typisches Positions-Issue ist die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung. In dieser Frage kann ein Policy-Kontinuum z.B. darin bestehen, daß verschiedene Parteien eine Schwangerschaftsunterbrechung befürworten (1) unter keinen Umständen (2) nur bei Gefährdung des Lebens der Mutter (3) nur bei Gefährdung der Gesundheit der Mutter (4) nur bei Gefährdung der Gesundheit des Kindes (5) nur bei sozialen Mißständen (6) nur in den ersten drei Monate der Schwangerschaft (7) ohne staatliche Regelung.

<sup>4</sup> Ein typisches Valenz-Issue ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Kein politischer Akteur spricht sich gegen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus. Konkurrierende Parteien und Kandidaten unterscheiden sich aber danach, welchen Stellenwert dieses *valence issue* auf ihrer politischen Agenda einnimmt.

<sup>5</sup> „If an issue is to sway the elector it must not only have crossed the threshold of his awareness; he must also have formed some genuine attitude towards it. The more an issue is salient to him and the subject of strong attitudes, the more powerful will be its influence on his party choice. Indeed, given the multiplicity of influences upon the individual elector, only issues that excite strong feelings are likely to have much impact.“ (Butler und Stokes 1972:288)

müssen auch deutliche Unterschiede in der den konkurrierenden Parteien zugeschriebenen Problemlösungskompetenz bestehen (Stokes 1992:147 f.).

Nach der Issue-Salienz- und Parteienkompetenz-Logik konkurrieren Parteien um Wählerstimmen nicht mit alternativen Issue-Positionen, sondern mit alternativen Themen – mit unterschiedlichen politischen Agenden und Problemlösungsversprechen. Dies hat Konsequenzen für das Verständnis der Wahlentscheidung. Diese kommt hier nicht durch die Minimierung einer wie auch immer gefaßten *policy*-Distanz zustande. Die Wähler entscheiden sich nach dieser Sichtweise vielmehr für die Partei, die die für sie wichtigen Probleme thematisiert und glaubwürdige Problemlösungen anbietet. Von den Wählern wird nicht mehr erwartet, daß sie die je spezifischen Issue-Positionen der konkurrierenden Parteien überschauen. Eine individuelle politische Agenda und subjektive Urteilsfähigkeit über das „politisch Machbare“ sind die Grundlage für die Wahlentscheidung.

Die Stichhaltigkeit dieser Argumente wird durch jüngere empirischen Analysen bestätigt. Eine europäisch-vergleichende Analyse unterschiedlicher Issue-Effekte auf das Wahlverhalten und die Effektivität politischer Repräsentation hat diese letzte Variante – Kompetenzzuschreibungen in als wichtig wahrgenommenen politischen Fragen – als die bei weitem mächtigste identifiziert (vgl. Schmitt 1999).

#### **2.1.2.2. Verfassungsfragen und Fragen der „normalen Politik“ der Europäischen Union**

Auch die Politik der Europäischen Union umfaßt Positions- und Valenz-Issues. Es kommt aber eine weitere wichtige Unterscheidung hinzu, die mehr auf den Inhalt einer politischen Streitfrage als auf den elektoralen „Wirkmechanismus“ abhebt, und zwar die zwischen Verfassungsfragen und Fragen der „normalen Politik“.

Eine wichtige Klasse europäischer Issues besteht aus Verfassungsfragen. Beispiele hierzu liegen nach dem jüngsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Nizza auf der Hand, etwa die Frage des künftigen nationalen Stimmengewichts im Rat einer nach Osten erweiterten Union, etc. Auch die früheren Weichenstellungen in Richtung der gemeinsamen Europäischen Währung oder zum Abbau der Binnengrenzen fallen in diese Kategorie. Diese

Verfassungsfragen sind typischerweise Positions-Issues; zur Frage der nationalen Stimmengewichte im Rat z.B. gab und gibt es Befürworter und Gegner einer engen Anbindung an die relative Bevölkerungsstärke eines Landes. Ihnen ist auch gemeinsam, daß sie jeweils relativ komplexe Materien betreffen und daß die Konsequenzen einer Entscheidung in die eine oder die andere Richtung zumeist nicht eindeutig absehbar sind. Ihnen ist drittens gemein, daß sie jeweils eine Veränderung des politischen Status Quo beinhalten. Diese beiden letzten Eigenschaften von Verfassungsfragen der Europäischen Union bringen es mit sich, daß ihnen die Bürger der Union – im Vergleich zu den politischen Eliten – zumeist deutlich ablehnender oder skeptischer gegenüber treten (Schmitt und Thomassen 2000).

Neben solchen Verfassungsfragen der Union gibt es jedoch eine stetig wachsende Gruppe von Fragen „normaler“ Politik, die mit Europa nur soviel zu tun haben, als daß sie auch auf der europäischen Ebene des politischen Mehrebenensystems der Europäischen Union zur Behandlung und Entscheidung anstehen. Fragen der sozialen Sicherung z.B. fallen in diese Kategorie. Nimmt man die direkten Akte europäischer Rechtsetzung und ihre indirekten (nationalen) Folgeakte zusammen, ist die Union heute vor dem Nationalstaat und vor subnationalen Regierungsstrukturen der größte Sozialgesetzgeber in Europa (Leibfried und Pierson 1995, 2000). Dennoch denkt man kaum an diese „normalen Politiken“, wenn von Fragen der Politik der Europäischen Union die Rede ist.

Schaubild 1

**Die unterschiedlichen Dimensionen von „Fragen der Politik der Europäischen Union“**

	Valenz-Issues	Positions-Issues
Verfassungsfragen	Europäische Einigung (Ziel)	Europäische Union (Form)
„normale“ Politik	z.B. Arbeitslosigkeit	z.B. Zuwanderung

Quelle: Schmitt und Thomassen 1999: Kap. 6.

Diese konzeptuellen Grundüberlegungen zum „Wesen“ von politischen Streitfragen allgemein und von Fragen der Politik der Europäischen Union insbesondere sind keine akademischen Exerzitien. Sie haben Einfluß auf das Modell der Wahlentscheidung, das wir den Datenerhebungen und -analysen des hier vorgeschlagenen Projektes zugrunde legen wollen. Es ist das zumeist auf Valenz-Issues rekurrierende Modell des selektiven Nachdrucks politischer Parteien. Zwei Kriterien der Wahlentscheidung sind hier relevant: (a) die Kongruenz hinsichtlich der zugeschriebenen Wichtigkeit von bestimmten politischen Themen/Streitfragen zwischen Wählerschaft und politischer Partei und (b) die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz für die zu wählende Partei.

Diese Grundüberlegungen schützen uns vor dem verbreiteten Irrtum, Fragen der Politik der Europäischen Union mit Verfassungsfragen gleichzusetzen. Die Politik der Union umfaßt auch andere – wenn auch kaum spektakulärere – Fragen als Verfassungsfragen. Die Fragen der „normalen Politik“ werden nicht ausschließlich auf der europäischen Ebene des politischen Mehrebenensystems der Europäischen Union behandelt und entschieden. Deshalb kommt es hier für die Datenerhebung und -analyse insbesondere darauf an, wo Parteien und Wähler politische Zuständigkeiten allozieren und wahrnehmen.

### **2.1.3. Die Wichtigkeit von Fragen der Politik der Europäischen Union und die Effektivität politischer Repräsentation**

Die Europäische Repräsentationsstudie hat ergeben, daß politische Repräsentation in der Europäischen Union dann einigermaßen zufriedenstellend (d.h. nicht schlechter als in den Mitgliedsstaaten) funktioniert, wenn – in der hier entwickelten Terminologie – keine Verfassungsfragen betroffen sind (vgl. Schmitt und Thomassen 1999, Kap. 9). Wir haben dies auf weitreichende Informationsmängel (a) hinsichtlich der Positionen der konkurrierenden Parteien in diesen Fragen und (b) und hinsichtlich der wahrscheinlichen Folgen solcher Politiken zurückgeführt. Bürger und Wähler präferieren in Fragen der europäischen Integration demnach den *status quo* (z.B. die Beibehaltung der nationalen Währung), weil sie die wahrscheinlichen Folgen der vorgeschlagenen weitreichenden Veränderungen (z.B. die Einführung einer gemeinsamen Europäischen Währung) nicht übersehen (vgl. Schmitt und Thomassen 2000).

Diese subjektive Unsicherheit in Verfassungsfragen der Politik der Europäischen Union führt nicht nur zu einem strukturellen Konservatismus der Bürger und Wähler hinsichtlich der Weiterentwicklung der Europäischen Union, sondern oft auch zur Irrelevanz dieser Fragen für die Wahlentscheidung und folglich zu defizitärer Repräsentation über den Mechanismus allgemeiner Wahlen. Nach dem dargestellten *emphasis-salience-competence* Paradigma muß angenommen werden, daß die Unsicherheit der Wähler ein Ergebnis der geringen Salienz dieser Fragen ist und daß die Wahlverhaltensrelevanz und damit auch die Repräsentationsleistung des Wahlmechanismus steigt, wenn die Salienz dieser Themen wächst. Die Forschungsfrage, die sich hieraus ergibt, lautet deshalb: unter welchen Bedingungen werden Fragen der Politik der Europäischen Union wichtig?

#### **2.1.4. Unter welchen Umständen werden Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“?**

Die Wichtigkeit von politischen Streitfragen ist nicht – jedenfalls nicht nur – sachlich begründet und damit objektiv vorgegeben. „Objektiv wichtige“ Probleme können bei Wahlen unbeachtet bleiben und scheinbar unbedeutende Fragen können wahlentscheidend werden. Die Wichtigkeit und damit auch die elektorale Bedeutung politischer Fragen – sowohl für die nationale Politik als auch für die Politik der Europäischen Union – ergibt sich aus Prozessen politischer Kommunikation, die dem eigentlichen Repräsentationsprozeß vorgelagert sind (vgl. Schaubild 2). Das Forschungsprogramm der Europawahlstudie 1999 zielt deshalb darauf ab, diese Kommunikationsprozesse zu erfassen und nachzuzeichnen, um daraus Rückschlüsse auf die Ursachen bekannter Repräsentationsdefizite ableiten zu können.<sup>6</sup>

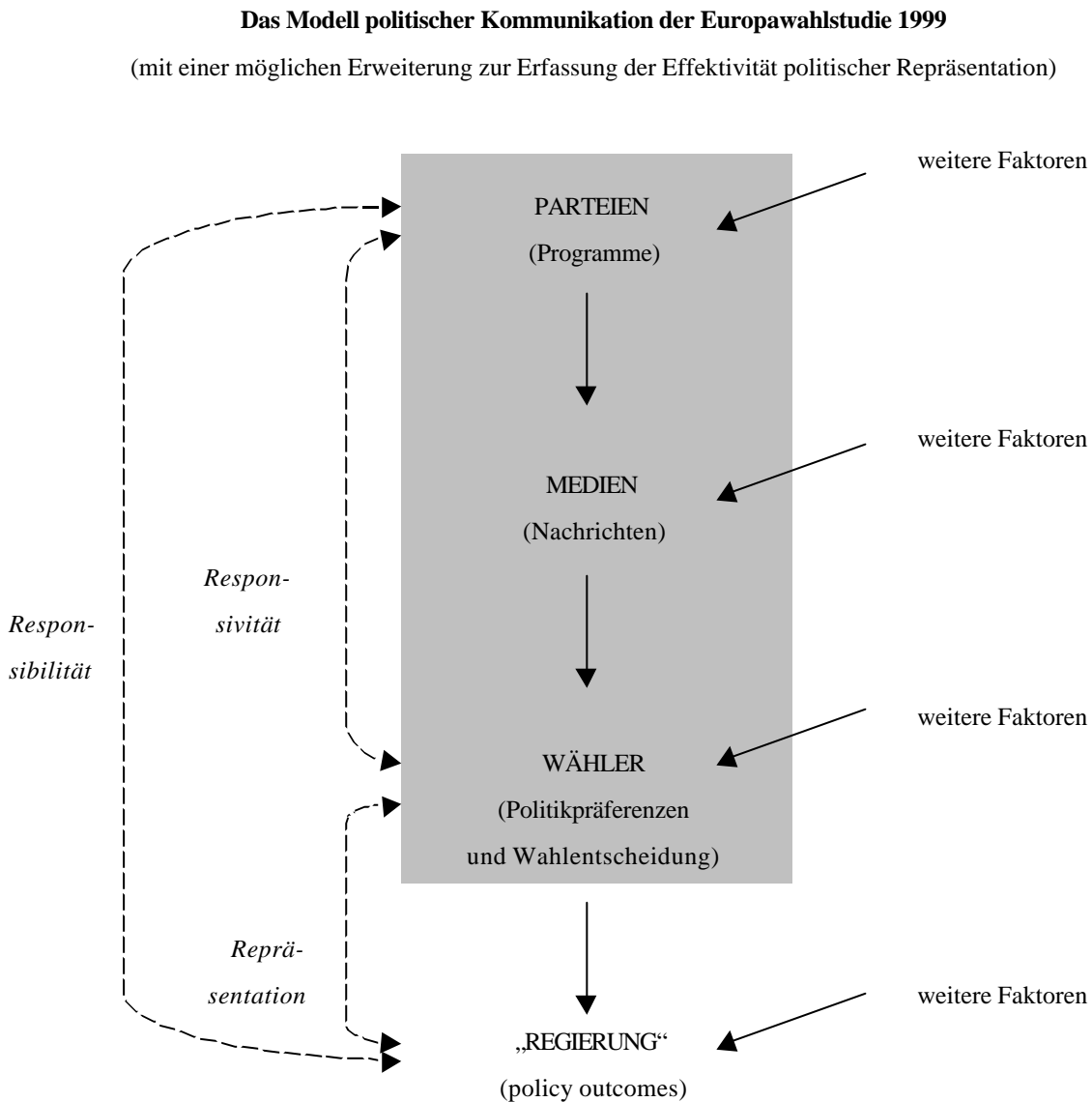
Die klassische Frage zur analytischen Aufschlüsselung von Kommunikationsprozessen lautet bekanntlich: *Wer sagt was zu wem mit welchem Effekt* (Lasswell 1948). Die Effekte, die uns interessieren, sind hinlänglich klar: (möglichst starke) Issue-Effekte auf das Wahlverhalten, die ihrerseits (möglichst effektive) politische Repräsentation ermöglichen. Auch über das „was“ haben wir Auskunft gegeben: unterschiedliche Typen politischer Streitfragen und ihre spezifischen

---

<sup>6</sup> Dieses Forschungsprogramm wurde auf zwei Konferenzen der Forschungsgruppe Europawahlstudien (im November 1998 am MZES in Mannheim und im Januar 1999 an der Universität Enschede) entworfen und dann von Cees van der Eijk und dem Antragsteller in eine erste schriftliche Form gebracht (vgl. Anlage 9.2).

Implikationen für Effekte auf das Wahlverhalten. Bleibt die Frage nach „wer“ und „wem“ zu beantworten. Wir unterscheiden drei zentrale Akteure in diesen Kommunikationsprozessen: Parteien (und ihre Regierungen), Medien und Wähler.

Schaubild 2



Anmerkung: Der grau unterlegte Teil des Schaubildes bezeichnet das engere Forschungsprogramm der Europawahlstudie 1999, das Prozesse politischer Kommunikation und ihre Wirkung in den Mittelpunkt stellt. Darüber hinaus ist jedoch eine *roll-call analysis* des Abstimmungsverhaltens der Mitglieder des Europäischen Parlamentes und eine Replikation der 1996er MEP-Studie geplant, und im Zusammenhang damit kann dann die Responsivität politischer Parteien und erneut auch die Effektivität politischer Repräsentation überprüft werden.

### 2.1.5. Drei zentrale Akteure im europapolitischen Kommunikationsprozess: Parteien, Medien und Wähler

Die moderne politische Theorie weist politischen Parteien die Aufgabe zu, die Interessen und politischen Forderungen der Bürger mit der Politikproduktion der Regierung zu verbinden und so als Bindeglied zwischen beiden zu wirken. Der Parteienwettbewerb wird auf mehreren Ebenen ausgetragen, denn die Öffentlichkeit nimmt die politischen Parteien facettenreich wahr.<sup>7</sup> Vor allem konkurrieren die Parteien durch die Propagierung politischer Ziele. Im Ausmaß, in dem die Wahlscheidungen in Parteiprogramme übersetzten politischen Willen von Wählern widerspiegelt, wird so politische Repräsentation möglich. Parteien stehen einer Vielfalt von Wählerinteressen gegenüber, die sie in ihre jeweilige politische Agenda integrieren, d.h. in ein mehr oder weniger kohärentes Bündel von Realitätsdeutungen und Politikzielen packen. Dies geschieht u.a. unter dem Eindruck der Wahrnehmung der Politikpräferenzen der für sie erreichbar geglaubten Wähler (z.B. Stinchcombe 1975); unter dem Eindruck der allgemeinen politischen Situation, die u.a. durch früheres Regierungshandeln definiert wird (z.B. Hofferbert und Klingemann 1990); und weiterer Faktoren wie z.B. der politischen Traditionen der Partei und ihrer allgemeinen ideologischen Prinzipien (z.B. Klingemann et al. 1994).<sup>8</sup>

Parteien kommunizieren in vielfältiger Weise mit den Wählern. Uns interessiert hier vor allem die (indirekte) Kommunikation der Inhalte ihrer Wahlprogramme über die Massenmedien.<sup>9</sup> Medien berichten über diese Programme. Diese Berichte tragen mehr oder weniger zur Information und zur Mobilisierung der Wählerschaft bei (*civic engagement*); durch selektive Berichterstattung bestimmen sie mehr oder weniger die relative Wichtigkeit konkurrierender

---

<sup>7</sup> Parteien werden in der Öffentlichkeit z.B. über ihr *human face* wahrgenommen; wird eine Partei durch eine charismatische Persönlichkeit geführt, so wird sie bis zu einem gewissen Grad mit dieser identifiziert. Parteien können von den Wählern auch durch ihr *organisational face* bewertet werden, denn die innerparteilichen Organisations- und Entscheidungsstrukturen prägen das Bild einer Partei in der Öffentlichkeit. Eine Partei kann z.B. als hochgradig diszipliniert und zentralisiert angesehen werden, während eine andere Partei als fragmentiert und damit als wenig handlungsfähig erscheint. Parteien entwickeln mit ihrer politischen Agenda, also den Politikinhalten, die sie der Wählerschaft als Lösungsvorschläge anbieten, schließlich ein *policy face*. Dieses wird durch öffentliche Aussagen von führenden Politikern, durch die Veröffentlichung von Parteiprogrammen sowie indirekt durch die Berichterstattung in den Massenmedien bekannt gemacht (vgl. Janda et al. 1995).

<sup>8</sup> Klingemann *cum suis* formuliert das so: „The parties turn the demands into political issues by working out policy alternatives in light of the general principles for which the respective parties stand. In this way political parties aggregate demands into loosely coherent policy packages - a process that gives voters a choice in elections.“ (Klingemann et al. 1994:5)

<sup>9</sup> Wir vernachlässigen dabei eine ganze Reihe von direkten Kommunikationswegen wie z.B. die Kommunikation über die Parteiorganisation (z.B. wenn Mandatsträger und Kandidaten im Wahlkampf mit Mitgliedern und Wählern sprechen) oder die direkte Kommunikation zwischen Parteien und Bürgern über sog. „direct mailings“ (Rönnele 2001, im Erscheinen) bzw. das Internet (Norris 2000).



Sachfragen (*agenda setting*); und Medien beeinflussen damit indirekt, aber auch ganz direkt durch Meinungsbeiträge, die Richtung der Wahlentscheidung (*persuasion*; vgl. Norris et al. 1999:12 ff.) Neben ihrer Informationsfunktion nehmen moderne Massenmedien damit auch eine Orientierungsfunktion für die Bürger und Wähler wahr (z.B. Schönbach 1977).

Massenmedien nehmen Einfluß auf die Nachrichten, die sie übermitteln und können damit beim Empfänger politischer Nachrichten (also den Wählern) Effekte bewirken, die vom Sender (also den Parteien) nicht unbedingt intendiert sind. Die Mechanismen, über die dies zustande kommt, sind die Selektion (Medien als *gatekeeper*), das *framing* und das *priming* von Nachrichten (z.B. Schulz 1997). Den wirkungsvollen Mechanismus der Selektion haben wir bereits erwähnt: nicht jede den Medien zugänglich gemachte Nachricht wird auch gedruckt oder gesendet. Ob eine Nachrichten die Selektionshürde überwindet, wird hauptsächlich durch ihren Nachrichtenwert (z.B. Voltmer 1999), teilweise aber auch durch die politische Tendenz der Journalisten bestimmt (z.B. Kepplinger et al. 1994).

Nachrichten, die die Selektionshürde überwunden haben, stellen Medien darüber hinaus in einen *frame*, in einen Bedeutungsrahmen. Während die Selektion von Nachrichten im Rahmen des *agenda setting* beim Rezipienten zwar nicht bewirkt, „... what to think but what to think about“ (Cohen 1963: 13), geht dieser *framing*-Effekt einen Schritt weiter. Es ist gezeigt worden, daß *framing* für die Meinungsbildung der Rezipienten und Wähler von großer Bedeutung ist (vgl. Iyengar und Kinder 1987; neuerdings die Papiere des *framing*-Panels bei der APSA-Konferenz 2000). Verschiedene *frames* für ein und dieselbe Nachricht verursachen beim Rezipienten verschiedene evaluative und ggf. konative Reaktionen. Erfolgreiches *framing* von Nachrichten durch die Massenmedien hat einen Einfluß auch darauf, *was* die Rezipienten/ Wähler denken und nicht nur darauf, *worüber* sie nachdenken.

Der Mechanismus des *priming* ist zeitbezogen. *Priming* stellt eine Nachricht bewußt in den zeitlichen Kontext, in dem sie eine besondere – zumeist eine besonders große – Wirkung auszuüben verspricht. Er beruht darauf, daß eine Nachricht in Abhängigkeit von ihrem Kontext unterschiedliche Folgen haben kann. So ist z.B. ein Bericht über illegale Parteispenden unmittelbar vor einer Wahl wahrscheinlich folgenreicher als unmittelbar danach. *Priming* stellt eine Spezialform des *framing* dar. Von den drei hier diskutierten Mechanismen, die Medien zur Beeinflussung der Nach-

richtenwirkung auf den Rezipienten/Wähler zur Verfügung haben, ist seine Bedeutung vielleicht am wenigsten erforscht (z.B. Schulz 1997).

Die Bürger und Wähler sind das letzte Glied in der hier betrachteten Kommunikationskette. Sie können sich aus der Berichterstattung der Medien über die Bedeutung der Wahl und die Programme der konkurrierenden Parteien informieren. In dem Maße, indem dies geschieht, können diese Informationen zu einer doppelten Wahlentscheidung der Bürger beitragen – zur Entscheidung, wählen bzw. nicht wählen zu gehen und zur Entscheidung, ggf. für eine der konkurrierenden Partei zu stimmen (oder sich der Stimme zu enthalten oder eine ungültige Stimme abzugeben).

Auf der Wählerseite haben Wahl- und Programminformationen allerdings weitere Hürden zu überwinden, bevor sie (wahlverhaltens-) wirksam werden können. Hier gibt es erneut eine Selektivität, mit der nun die Bürger und Wähler – nicht zuletzt in Abhängigkeit von ihrem allgemeinen Interesse an der Politik – den Medienberichten über die Europawahl-Programme der Parteien folgen. Aber auch wenn diese Hürde genommen ist, wenn also den Wahlbürgern die (einige) Inhalte dieser Programme – d.h. die dort niedergelegten politischen Realitätsdeutungen und Problemlösungsversprechen der Parteien – bekannt geworden sind, kann nicht unbedingt von einem Einfluß auf das Wahlverhalten ausgegangen werden. Mächtige andere Faktoren nehmen Einfluß auf die Entscheidung, wählen zu gehen (etwa das jeweilige Wahlrecht oder auch ganz einfach *habits*, vgl. z.B. Schmitt und Mannheimer 1991) und auf die Entscheidung, eine bestimmte Partei zu wählen (z.B. die soziale Position der Wähler oder ihre generelle Parteibindung, vgl. für viele Schmitt 1999).

#### **2.1.6. Die Euromanifestos-Studie in der Europawahlstudie 1999**

Nur als wichtig wahrgenommene politische Streitfragen und Probleme haben die Chance, einen deutlichen Einfluß auf die Wahlentscheidung der Bürger zu nehmen. Dies wiederum ist eine zentrale Voraussetzung für effektive politische Repräsentation. Ausgehend von den Ergebnissen der Europawahlstudie 1994 lautet die zentrale Forschungsfrage der Europawahlstudie 1999 deshalb, unter welchen Bedingungen Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“ werden. Hierauf nehmen die Medien mit ihren Möglichkeiten des *agenda setting* (sie bestimmen mit, was „wichtig“ ist) und des *framing* (sie bestimmen mit, ob ein Problem in die nationale Politik oder in die Politik

der Europäischen Union gehört) einen besonderen Einfluß. Die Europawahlstudie 1999 ist deshalb als Kommunikationsstudie angelegt, die neben einer Wählerumfrage eine Inhaltsanalyse der Parteiprogramme und eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung umfaßt.

### **2.1.6.1. Drei Forschungsfragen**

Die Euromanifestos-Studie soll auf dreierlei Weise helfen, die Frage nach den Voraussetzungen effektiver politischer Repräsentation in der Europäischen Union zu beantworten. Sie soll, erstens, den *input* bestimmen, den politische Parteien in den politischen Kommunikationsprozeß einbringen. Im Verein mit der Medienstudie und der Wählerstudie soll damit der Frage nachgegangen werden, unter welchen Bedingungen Fragen der Politik der Europäischen Union wichtig werden.

Der *input* der Parteien läßt sich am besten über die Bestimmung der Inhalte ihrer Wahlprogramme<sup>10</sup> erfassen, da solche Programme zumeist<sup>11</sup> als autoritative Fassung der aktuellen Realitätsdeutungen und politischen Zielvorgaben der konkurrierenden Parteien gelten können.<sup>12</sup> Zu diesem Zweck soll eine empirisch-quantifizierende Inhaltsanalyse der Europawahl-Programme der Parteien durchgeführt werden.

Die Effektivität politischer Repräsentation setzt aber noch eine weitere Eigenschaft von Parteien voraus: daß sie nämlich am Ende – im Rahmen ihrer legislativen Möglichkeiten – auch tun, was sie in ihren Wahlprogrammen versprechen. Man bezeichnet dies als *Responsibilität* politischer Parteien. Die Euromanifestos-Studie soll deshalb, zweitens, zur Bestimmung der *Responsibilität* politischer Parteien in europapolitischen Fragen beitragen.

---

<sup>10</sup> Vgl. für unterschiedliche Formen und Funktionen von Parteiprogrammen Flechtheim (1973).

<sup>11</sup> Auch Wahlprogramme können in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Formen annehmen. In Frankreich z.B., wo die Listenverbindungen zwischen Parteien (bzw. innerparteilichen Gruppen) der rechten Mitte sich oft von Wahl zu Wahl erheblich unterscheiden, fällt es schwer, parteispezifische Wahlprogramme zu identifizieren. Vielmehr werden durch die Partei- und Listenführer persönliche Programme in umfänglichen Zeitungsartikeln oder gar in Büchern veröffentlicht, die nicht selten Millionenauflagen erreichen.

<sup>12</sup> Nach Budge stellen Wahlprogramme „*a uniquely representative and authoritative characterization of party policy at a given point in time*“ (Budge et al. 1987:18) dar.

Responsibilität ist ein klassisches Thema der US-amerikanischen Politikwissenschaft – von der politischen Deklaration der APSA (1950) über Kirkpatrick (1971) bis zum heutigen Tag (vgl. die entsprechenden Festveranstaltungen bei der APSA Annual Conference in Washington im Jahr 2000). Auch in international-vergleichender Perspektive wurde sie zum Gegenstand umfassender Analysen gemacht (vgl. Klingemann et al. 1994). Diese parteiliche Voraussetzung effektiver politischer Repräsentation kann im Rahmen des hier vorgeschlagenen Projektes überprüft werden, indem die Inhalte der Programme der Parteien mit ihrem legislativen Verhalten (*roll-call analysis*) und mit den politischen Einstellungen ihrer Legislatoren verglichen werden (vgl. erneut Schaubild 2).

Einen weiteren Aspekt von Responsibilität beleuchtet die Frage, ob politische Parteien in Fragen der Politik der Europäischen Union mit einer Stimme sprechen, d.h. ob sie in den unterschiedlichen politischen Arenen des europäischen Mehrebenensystems die gleiche Politik vertreten. Dies kann im Rahmen des hier vorgeschlagenen Projektes durch den Abgleich der Inhalte der Europawahlprogramme der Parteien mit den Inhalten ihrer nationalen Wahlprogramme untersucht werden. Dazu steht die MRG-Verkodung der Inhalte der nationalen Wahlprogramme der Parteien der Mitgliedsländer der Europäischen Union zur Verfügung.

Unter den Bedingungen „realer“ Parteienkonkurrenz, in denen Wähler<sup>13</sup> sich nicht bei jeder Wahl von Grund auf neu entscheiden, welche Partei sie wählen, wird politische Repräsentation auch durch die Responsivität politischer Parteien gefördert. Da Wähler bei ihrer Wahlentscheidung nicht nur und oft nicht einmal vordringlich die Programme der Parteien berücksichtigen, kann es für die Übereinstimmung der Politikpräferenzen der Wähler und den politischen Vorhaben der Parteien nur förderlich sein, wenn letztere sich ersteren gegenüber responsiv verhalten. Die Untersuchung der Responsivität politischer Parteien ist deshalb ein dritter Beitrag, den die Euromanifestos-Studie in das Gesamtvorhaben einbringen soll (vgl. erneut Schaubild 2).

Responsiv verhalten sich Parteien, die in ihren programmatischen und legislativen Aktivitäten mögliche Veränderungen in den Politik-Präferenzen ihrer Wähler berücksichtigen (z.B. Stimson, MacKuen und Erikson 1995; für die Bundesrepublik Schmitt 1987 oder Brettschneider 1995). Das

---

<sup>13</sup> Dieses Argument wurde zuerst von Robertson (1976) mit Blick auf die Parteien stark gemacht, die sich aufgrund ihrer politischen Tradition nicht beliebig an einem sich verändernden Wählerwillen orientieren können.

hier vorgeschlagene Projekt soll deshalb neben der zentralen Frage der Bedingungen effektiver politischer Repräsentation auch die der Responsivität politischer Parteien aufgreifen.

Für Fragen der Politik der Europäischen Union ist diese Frage bisher sehr unterschiedlich beantwortet worden. Vor allem die Analyse der Daten der 1989er Europawahlstudie hat van der Eijk und Franklin (1996) dazu geführt, den politischen Parteien der Mitgliedsländer der Union mangelnde Responsivität zu bescheinigen. Zentrale Entwicklungs- und Verfassungsfragen der Union würden den Wählern gar nicht erst zur Beratung und Entscheidung vorgetragen. Die Parteien bildeten vielmehr eine Art „pro-europäisches“ Kartell, welches die entscheidenden Fragen schon unter sich entschieden hätte, bevor es zum Akt der allgemeinen Wahl käme (vgl. insbesondere die Kapitel 1 und 21).

Diesem Vorwurf mangelnder Offenheit und Responsivität stehen Arbeiten entgegen, die andere Schlußfolgerungen nahelegen. Franklin selber (zusammen mit Wleziën) hat gezeigt, daß die „Politikproduktion“ der Union – wie von einem Thermostat gesteuert – mit einem gewissen *time lag* den Veränderungen in der allgemeinen Wertschätzung für die Union folgt. Nimmt die Zustimmung der Bevölkerung ab, werden die Gesetzgebungs- und Rechtssetzungsakte der Gemeinschaft weniger; entspannt sich die Lage, wird die Union wieder aktiver (Franklin und Wleziën 1997; vgl. auch Lyons, in Vorbereitung). Wenn auch die Mechanismen unklar bleiben, über die solches Verhalten der politischen Akteure zustande kommt, kann man es – schenkt man dem Ergebnis Glauben – kaum anders als responsiv bezeichnen.

Zwei weitere Studien haben die Frage der Responsivität der Parteien in Fragen der Politik der Europäischen Union explizit aufgegriffen und kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Carruba (n.d.) vergleicht Eurobarometer-Ergebnisse über die Zustimmung von Parteielektoraten zur Europäischen Einigung mit den Inhalten nationaler Wahlprogramme der Parteien und findet, daß Parteien – mit einem gewissen Zeitverzug – ihre europäischen Aussagen tendenziell an den diesbezüglichen Einstellungen ihrer Wähler ausrichten. Schmitt und Thomassen (2000) vergleichen die Entwicklung der Zustimmung zur Europäischen Einigung bei Parteieliten und Parteiwählern über die Zeit und finden ebenfalls eine bemerkenswert hohe Übereinstimmung, die eher den Vorgaben der Wähler als jenen der Eliten zu folgen scheint.

Insgesamt jedoch sind alle diese empirischen Evidenzen nicht sehr befriedigend, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt der relevanten Sachverhalte abdecken. Wenn wir den Zeithorizont der hier vorgeschlagenen Studie nicht auf die 1999er Wahl beschränken, sondern die Inhalte der Wahlprogramme politischer Parteien von der ersten Direktwahl des Jahre 1979 an bestimmen, können wir – im Vergleich mit den Ergebnissen der Wählerumfragen früherer Europawahlstudien – die Fragen der Responsivität politischer Parteien in einer dynamischen Analyse einer umfassenden und abschließenden Antwort zuführen.

### **2.1.6.2. Methodische Aspekte**

Bei empirisch-quantifizierenden Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen (und anderen politischen Texten) sind zwei grundsätzliche Alternativen zu unterscheiden: die Ermittlung der Positionen der Parteien auf verschiedenen gemeinsamen Issue- bzw. ideologischen Dimensionen; und die Ermittlung des relativen Problemnachdrucks (*issue emphasis*) der politischen Parteien auf bestimmten Themen (vgl. neuerdings Laver 2001, im Erscheinen). Diese beiden Ansätze entsprechen natürlich den beiden oben diskutierten prinzipiellen Alternativen der Modellierung von Parteienwettbewerb und in der Tendenz auch der Unterscheidung zwischen *position* und *valence issues*. Bei *position issues* ist die Position einer Partei zu bestimmen, bei *valence issues* ihr relativer Problemnachdruck bzw. die Wichtigkeit, die sie dieser Frage beimißt.

Für Fragen der Politik der Europäischen Union haben wir nicht nur zwischen *position* und *valence issues*, sondern darüber hinaus zwischen Verfassungsfragen und Fragen der „normalen Politik“ unterschieden. Bei letzteren ist neben Position oder Wichtigkeit noch zu bestimmen, in welchem *frame* eine Partei sie thematisiert. Da z.B. die Arbeitslosigkeit als eine Frage der „normalen Politik“ sowohl auf nationaler (bzw. sub-nationaler) Ebene als auch auf der Ebene der Politik der Europäischen Union bekämpft werden kann, kommt es darauf an, ob ein Parteiprogramm diese Aufgabe als eine nationale oder als eine europäische beschreibt.

Wir berichten zunächst über die methodische Anlage früherer Studien, um dann die Strategie der Euromanifestos-Studie zur empirisch-quantifizierenden Inhaltsanalyse der Wahlprogramme politischer Parteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu beschreiben.

### 2.1.6.2.1. Die Bestimmung von Parteipositionen

Die Bestimmung von Parteipositionen aus Wahlprogrammen kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Eine probate Methode ist, Experten zunächst um die Lektüre der Programme und danach um die Platzierung des jeweiligen Programmes auf einer Reihe von Policy-Dimensionen zu bitten.

So ist das *Party Change Project* (PCP) von Harmel und Janda vorgegangen. Es verfolgte die Frage, ob Parteien in Krisensituationen – etwa nach Wahlniederlagen – eine besondere Bereitschaft zu *policy changes* zeigen. Ein Kodierschema mit insgesamt 19 *issue dimensions* wurde induktiv definiert, und Kodierer identifizierten anhand des Textes eines Wahlprogramms die Positionen der jeweiligen Partei für jedes dieser 19 *issues*.<sup>14</sup> Im Prinzip funktioniert der Datengenerierungsprozeß des PCP wie eine hoch strukturierte Expertenbefragung.<sup>15</sup> Statt eine große Expertenrunde mit recht allgemeinen Fragen zu bitten, Parteien auf bestimmten Politikdimensionen zu lokalisieren, wurde hier einer kleinen Expertengruppe mit detaillierten Kodierungsanweisungen der Auftrag erteilt, nach der Lektüre eines Wahlprogramms die Position der Partei auf allen Politikdimensionen auf einem 11-Punkte-*policy*-Kontinuum zu lokalisieren.

Eine anderer Weg zur Ermittlung von Parteipositionen aus Wahlprogrammen ist die Computerunterstützte Inhaltsanalyse. Laver und Garry (2000) und Garry (2001, im Erscheinen) sind diesen Weg mit anderen gegangen. Die jüngsten Erfahrungen sind durchaus positiv (vgl. erneut Laver 2001, im Erscheinen). Der Computer weist Texteinheiten bestimmten Kategorien eines vordefinierten Kodierschemas zu. Voraussetzung ist die Erstellung eines Inhaltsanalyse-Wörterbuches, mit dessen Hilfe Wörter in bestimmten Kontexten mit bestimmten Kodierkategorien assoziiert werden. Bei Laver und Garry (2000) sind die zu verkodeten Analyseeinheiten Wortreihen mit bis zu 10 Worten.

---

<sup>14</sup> „After identifying, gathering, and carefully reading all of a manifesto’s passage relevant to a given issue, coders then assigned the numerical code (on a +5 to -5 scale) which, in their best judgement, best reflected the overall content of these statements.“ (Harmel, Janda and Tan 1995:7)

<sup>15</sup> Die preiswertere Expertenbefragungstechnik ist stärker subjektiver Natur, da sie sich ausschließlich auf die allgemeinen Wahrnehmungen der Experten bezieht. In solchen Umfragen basieren die Urteile der Experten über die Verortung der Parteien in allen ihren Eindrücken, während die Platzierung von Parteiprogrammen durch die Kodierer eine spezifische Referenzgröße vorgibt.

Im Vergleich zur Kodierung durch Experten liegen die Vorteile der Computer-unterstützten Verkodung in den relativ geringen Kosten des Kodiervorganges und der hohen Zuverlässigkeit des Computers. Auch sind Verfälschungen durch „Vorkenntnisse“ der Experten hier ausgeschlossen, was zur Reliabilität und Validität des Computer-unterstützten Verfahrens beiträgt (vgl. Laver und Garry 2000). Die Nachteile dieser Technik liegen allerdings auch auf der Hand. Das Wörterbuch kann unmöglich so feinmaschig sein, als daß *alle* bedeutungsvollen Wörter eines Textes erfaßt werden. Außerdem können mögliche Ambiguitäten von politischen Aussagen durch den Computer nicht identifiziert werden und degenerieren so zu inhaltslosen, aus dem Kontext gerissenen Worthülsen (Klingemann et al. 1994:271f).

#### **2.1.6.2.2. Die Bestimmung des parteilichen Problemnachdrucks**

Empirische Untersuchungen des parteilichen Problemnachdrucks messen die relative Gewichtung der von den Parteien angesprochenen Themen. Dieser Problemnachdruck (*issue emphasis*) wird als Operationalisierung der Wichtigkeit (*saliency*) einer politischen Frage bzw. eines politischen Problems angesehen. *Saliency* ist definiert als „*degree of emphasis and repeated references made by a party to a particular topic*“ (Budge et al. 1987:20; vgl. auch Klingemann et al. 1994:24). Es wird also gezählt, welche Themen wie oft erwähnt werden. Diese Methode geht von der Annahme aus, daß Parteien um Wählerstimmen konkurrieren, indem sie unterschiedliche Themen mit generell positiven Zielsetzungen und Forderungen unterschiedlich stark betonen.<sup>16</sup>

Natürlich kann auch der parteiliche Problemnachdruck über Computer-unterstützte Inhaltsanalysen ermittelt werden. Allerdings ist man hier in der Vergangenheit, vor allem im Rahmen der *Manifesto Research Group*, eher den Weg der Einschaltung von Expertenkodierern gegangen. Dieses Projekt wurde 1979 als Forschergruppe des *European Consortium of Political Research* (ECPR) ins

---

<sup>16</sup> Indem Parteien manche Themen betonen, andere Themen dafür unerwähnt lassen bzw. vernachlässigen, nehmen sie implizit natürlich auch Pro- oder Anti-Positionen ein. Dies machen sich zahlreiche dimensionale Analysen von *issue emphasis scores* zunutze, die aus dem selektiven Problemnachdruck politischer Parteien ihre ideologischen oder Policy-Positionen erschließen (vgl. z.B. Strøm und Leiphart 1994; Laver und Budge 1992; van der Brug 1996; Klingemann 1996).



Leben gerufen. Ziel der Unternehmung war die Entwicklung einer Methode, die die Messung von Parteiideologien und deren internationalen Vergleich ermöglichen sollte. „Our objective then is to investigate the ideology and strategy of post-war parties across countries within a common framework, so as to facilitate comparisons and ultimately to support generalizations about the way parties shape their appeals“ (Budge et al. 1987:17).

Empirische Grundlage dieser Bemühungen waren die Wahlprogramme politischer Parteien, die als „*recognizable statement of policy, which has the backing of the leadership as the authoritative definition of party policy for that election*“ (Budge et al. 1987:18) definiert wurden.<sup>17</sup> Bis dato wurden die Wahlprogramme der relevanten<sup>18</sup> Parteien aus 52 Demokratien für den Zeitraum nach dem 2. Weltkrieg (bzw., für Osteuropa, für den Zeitraum nach 1990) inhaltsanalysiert; rund 2500 Programme wurden kodiert (Volkens 2001, im Erscheinen). Damit stellt die *Manifesto Research Group* der vergleichenden Politikforschung eine der wichtigsten und komplettesten Datensätze zur Verfügung, die es bisher gegeben hat (vgl. so auch Janda et al. 1995:176). Die zentralen Ergebnisse der Forschungsgruppe sind in drei herausragenden Veröffentlichungen berichtet worden (Budge et al. 1987, Laver und Budge 1992, Klingemann et al. 1994).

Das MRG-Team hat sich für die Kodierung der Wahlprogramme durch Expertenkodierer entschieden. Im Vergleich zur Computer-unterstützten Kodierung erlaubt dieses Verfahren eine deutlich reichere Ausschöpfung des Inhaltes der Programme. Die Fehlerquote soll durch eine hohe Standardisierung des Kodierverfahrens so gering wie möglich gehalten werden. Expertenkodierer lesen zunächst ein Programm ganz durch, um danach jeden Satz bzw. Quasi-Satz<sup>19</sup> einer und nur einer Kategorie des Kodierschemas zuzuordnen. Sätze, die nicht in eine der 54 Standardkategorien

---

<sup>17</sup> Wenn es – wie z.B. für einige französische Parteien – keine Wahlprogramme gibt, werden möglichst äquivalente Dokumente herangezogen unter der Bedingung, daß sie „*the only statement of their kind made by the whole party during an election*“ darstellen (ebenda).

<sup>18</sup> Eine Partei ist relevant, wenn sie die Bildung einer Regierungskoalition positiv („coalition potential“) oder negativ („blackmail potential“) beeinflussen kann (Sartori 1976).

<sup>19</sup> Im Gegensatz zu computerunterstützten Kodierverfahren, in denen das einzelne Wort zur Kodiereinheit wird, kann die hier angewandte Expertenkodierung die *natural unit*, nämlich einen Satz bzw. einen „Quasi-Satz“ betrachten. Diese *natural unit* wird definiert als *set of words* mit nur *einer* politische Idee oder Aussage. So endet ein Quasi-Satz nicht zwingend mit einem Punkt, sondern mit dem Ende eines Argumentes. „Sentences were counted rather than single words or phrases because we want to catch the stress laid on certain ideas and concerns rather than on slogans (Budge et al. 1987:31).

einzuordnen sind, werden als unkodierbar gekennzeichnet; diese Kategorie macht im Durchschnitt nicht mehr als zehn Prozent aller Sätze aus (vgl. Klingemann et al. 1994:272).

Das Kodierschema basiert in seinen Grundzügen auf einem von David Robertson entwickelten Kodierschema, das ursprünglich für die Analyse der britischen Parteiprogramme entwickelt (Robertson 1976) und dann den Bedürfnissen der vergleichenden Analyse der Programme der britischen und US-amerikanischen Parteien angepaßt wurde (Budge und Farlie 1977). Die Mitglieder des MRG- Projektes überarbeiteten und erweiterten das Schema so, daß es international- und Zeit-vergleichend eingesetzt werden konnte (Klingemann et al. 1994:272). Volkens (2001, im Erscheinen) bezeichnet dies als die größte Aufgabe der Gruppe.<sup>20</sup> Mit Hilfe von *pre-readings* der jeweils für ein Land verantwortlichen Expertenkodierer wurden 54 invariante Standardkategorien entwickelt, die zusammen den vollständigen Inhalt eines Programmes abdecken und zudem möglichst präzise die wichtigen Issues erfassen können.<sup>21</sup>

Die 54 Standardkategorien gliedern sich in 7 Bereiche (*domains*), die zusammen die ganze Breite des politischen Diskurses abdecken. Diese Bereiche sind (1) External Relations, (2) Freedom and Democracy, (3) Political System, (4) Economy, (5) Welfare and Quality of Life, (6) Fabric of Society, und (7) Social Groups (vgl. das vollständige Kodierschema im Anhang 9.3 zu diesem Antrag). Das MRG-Team hat damit ein umfassendes und gut strukturiertes Kodierschema entwickelt. Es hat sich zudem als flexibel erwiesen: nachträgliche Differenzierungen und Anpassungen an neue Datenquellen sind möglich und erfolgreich praktiziert worden.<sup>22</sup> Durch intensive Projektkoordination, besonders in der Phase des Kodierprozesses, ist ein ungewöhnlich hoher Grad

---

<sup>20</sup> Die Ausarbeitung des Kodierschemas folgte zwei Prinzipien: (a) „the need to code all the content of the election programme on the assumption that references and emphases can be as informative as specific pledges“ und (b) „the need to discover politically relevant but substantively permanent concerns of the election programmes over an extended time-period“ (Budge et al. 1987:22).

<sup>21</sup> Den nationalen Kodierern wird allerdings die Möglichkeit eingeräumt, zusätzliche national-spezifische Subkategorien einzuführen, wenn aufgrund der Besonderheiten der nationalen Politik keine Möglichkeit gesehen wird, genannte *issues* in die Standardkategorien einzuordnen. Diese Flexibilität, die länderspezifischen Eigenheiten Rechnung tragen soll, birgt natürlich die Gefahr einer starken Subdifferenzierung, die den Verlust des generalisierenden Rahmens und der Vergleichbarkeit mit sich bringen würde. Dieser Gefahr wurde durch die große Zurückhaltung der Kodierer in der Einführung von nationalen Subkategorien entgegengewirkt.

<sup>22</sup> Vgl. z.B. Römmele (2001, in Vorbereitung), die die Inhalte von direct mailings der Parteien mit Hilfe eines erweiterten MRG-Schemas bestimmt hat. Auch im Rahmen unseres Projektes wird eine nachträgliche Differenzierung des MRG-Schemas vorgeschlagen.

an Reliabilität und Validität der Datengenerierung erreicht worden (vgl. Volkens 2001, im Erscheinen).<sup>23</sup>

### 2.1.6.3. Methodische Weichenstellungen

Auch wenn die Fragestellungen und Ziele der Euromanifestos-Studie aus den bisherigen Ausführungen hinlänglich klargeworden sein mögen, wird es dennoch nützlich sein, sie an dieser Stelle zu rekapitulieren, da unterschiedliche Ziele unterschiedliche methodische Vorgehensweisen erfordern können.

a. Um herauszufinden, unter welchen Umständen Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“ werden, soll die hier vorgeschlagene Studie den *input* bestimmen, den politische Parteien in den politischen Kommunikationsprozeß aus Anlaß der fünften Direktwahl des Europäischen Parlamentes im Jahre 1999 eingespeist haben. Dabei soll für alle „normalen“ Fragen der Politik zunächst der parteiliche Problemnachdruck ermittelt und der *gouvernementale frame* bestimmt werden. Bei letzterem handelt es sich um die Frage, ob ein bestimmtes Issue als Aufgabe der nationalen oder der europäischen Regierungsebene des europäischen Mehrebenensystem dargestellt wird. Dies gilt für Positions- und Valenz-Issues gleichermaßen. Bei Positions-Issues soll darüber hinaus die politische Zielrichtung (z.B. für oder gegen Zuwanderung) ermittelt werden.

Es wird hier davon ausgegangen, daß man diese Informationen einigermaßen präzise mit einer Modifikation des MRG-Kodierschemas über Expertenkodierer erheben kann. Die Modifikation soll darin bestehen, daß das Schema (vgl. erneut Anhang 9.3 zu diesem Antrag) in zwei Versionen angewandt wird – einmal mit dem Nationalstaat als Bezugsrahmen und politischem Akteur und ein weiteres Mal mit der Europäischen Union als Bezugsrahmen und politischem Akteur.<sup>24</sup> Eine wichtige

---

<sup>23</sup> Die Koordination der Datenerhebung lag bis 1980 bei Ian Budge an der *University of Essex*. Beginnend mit 1980 wurde die Koordination der Datenerhebung durch Hans-Dieter Klingemann und Andrea Volkens am Wissenschaftszentrum Berlin übernommen. Die laufenden Kodierarbeiten konnten in den vergangenen Jahren durch präzise Anleitungen an die Kodierer in den einzelnen Ländern – auf der Grundlage eines eigens dafür erstellten Handbuchs (Volkens 1992) – unterstützt werden. Auch die regelmäßige Aktualisierung der Datensätze wurde so gewährleistet.

<sup>24</sup> Die bisherige dreistellige Kodierung der einzelnen Kategorien würde um eine Stelle (etwa: 1=national, 2=EU) erweitert, um diese Zusatzinformation zum *gouvernementalen frame* erfassen zu können. Man kann dies vielleicht

Aufgabe wird darin bestehen, die verschiedenen heute und womöglich in Zukunft zur Lösung anstehenden Verfassungsfragen der Union – man denke nur an die Osterweiterung ( Code 2101 ? ) oder die Schaffung eigener militärischer Interventionskräfte ( Code 2104 ? ) – in einem verdoppelten bzw. gespiegelten MRG-Kodierschema hinreichend treffsicher zu verorten. Bei eindeutig bi-valenten (Positions-) Issues (wie etwa der Zuwanderung) soll zudem dafür Sorge getragen werden, daß konträre – d.h. zustimmende („Multikulti“) und ablehnende („Überfremdung“) – Nennungen nicht in einen Topf geworfen werden.

Dies verweist auf positionale Aspekte der Parteienkonkurrenz, die nicht ganz vernachlässigt werden können und die sich durch die Messung des parteilichen Problemnachdruck und der daraus ggf. resultierenden subjektiven Wichtigkeit beim Wähler allein nicht erfassen lassen. Deshalb sollen die Expertenkodierer – in der Art des *Party Change Project* von Harmel und Janda – am Ende ihrer MRG-Kodierung gebeten werden, die Position des gerade kodierten Programmes auf einigen zentralen Dimensionen einzustufen.<sup>25</sup>

Es wird zudem vorgeschlagen, die Inhalte der 1999er Europawahl-Programme der Parteien<sup>26</sup> ein zweites Mal – und zwar mit einem Computer-unterstützten Verfahren – kodieren zu lassen. Dies geschieht hauptsächlich aus der Erwägung, daß die Computer-unterstützte Inhaltsanalyse „feiner“ auf die im Rahmen der Europawahlstudie 1999 über alle Teilstudien hinweg betrachteten Issues<sup>27</sup> ausgerichtet werden kann, als dies das MRG-Schema erlaubt. Zudem kann dies als Erfolgskontrolle und Validierung der Expertenkodierung nach dem MRG-Schema herangezogen werden. Da bei der

---

an einem Beispiel verdeutlichen. Die Kategorie 1501 (1 vor 501) würde nach dieser Vorgehensweise die Betonung der Notwendigkeit von mehr Umweltschutz im nationalen Rahmen bezeichnen, während die Kategorie 2501 (2 vor 501) der EU zugewiesene Aufgaben in diesem Feld bezeichnen würde.

<sup>25</sup> Diese zusätzliche Aufgabe darf die Kodierer nicht überlasten, deshalb ist hier nicht an einen eigenen umfangreichen Fragebogen gedacht. Nach dem heutigen Stand der Überlegungen könnten vielleicht vier oder fünf Dimensionen ausreichen, zu denen ggf. die allgemeine Links-Rechts-Dimension, die Ökonomie-Ökologie-Dimension, die Dimension der Fremdenfeindlichkeit (Multikulti vs. Überfremdung), sowie eine Europa-Dimension (mehr oder weniger Integration) gehören werden.

<sup>26</sup> Um die Kodierung der Programme von kleinen und irrelevanten Parteien auszuschließen wird vorgeschlagen, hier und im folgenden alle jene Parteien zu berücksichtigen, die im fünften direkt gewählten Europaparlament und in in einem früheren repräsentiert waren bzw. sind.

<sup>27</sup> Dies sind die Europäische Einigung (Verfassungsfrage; Valenz- oder Positionsissue); die Zuwanderung (normale Politik; Positionsissue); die Wirtschaft (normale Politik; Valenz-Issue); die Arbeitslosigkeit (normale Politik; Valenz-Issue); die Umwelt (normale Politik; Valenz-Issue). Vgl. den folgenden Abschnitt für ausführlichere Informationen über die Erfassung dieser Issues in den anderen Teilstudien.

Computer-unterstützten Analyse die Schwierigkeit regelmäßig darin besteht, neben dem Problemnachdruck auch die Richtung bzw. den *frame* einer Aussage präzise zu erfassen, soll darauf hier ganz verzichtet werden. Die Bestimmung des parteilichen Problemnachdrucks auf die fünf zentralen Issues (vgl. erneut Fußnote 27) genügt für unsere Zwecke – und ist im Rahmen einer 15 Nationen Studie, in der Parteiprogramme in 11 Sprachen<sup>28</sup> zu analysieren sind, sicher auch Aufgabe und Herausforderung genug. Daß diese Aufgabe generell lösbar ist, hat Garry (2001, im Erscheinen) überzeugend nachgewiesen.

b. Die vorgeschlagene methodische Doppelstrategie – gespiegelte MRG-Kodierung für alle Europawahl-Programme, zusätzliche Computer-unterstützte Kodierung nur für das jüngste *set* – wird es auch ermöglichen, die zweite Forschungsfrage dieses Projektes nach der Verantwortlichkeit der politischen Parteien zuverlässig zu beantworten. Dies soll auf dreierlei Weise geschehen. (i) Die Ergebnisse der Computer-unterstützten Inhaltsanalyse sollen mit den Ergebnissen der Wiederholungsbefragung der Mitglieder des Europäischen Parlamentes verglichen werden, die Bernhard Weßels am WZB zusammen mit Sören Holmberg und Jacques Thomassen durchführen. (ii) Die Ergebnisse der gespiegelten MRG-Kodierung sollen mit den Ergebnissen der *roll-call analysis* für die Mitglieder des Europäischen Parlamentes verglichen werden, die Simon Hix an der LSE durchführt. Schließlich soll (iii) überprüft werden, ob politische Parteien in nationalen und in Europawahlen mit „einer Zunge“ sprechen, ob also die MRG-Ergebnisse aus der Inhaltsanalyse nationaler Wahlprogramme den Ergebnissen der Euromanifestos-Studie entsprechen. Dies kann in dynamischer Perspektive geschehen, da die MRG-Daten für alle nationalen Hauptwahlen seit dem zweiten Weltkrieg vorliegen.

c. Neben der Bestimmung des parteilichen Inputs in den elektoralen Kommunikationsprozeß und der Verantwortlichkeit politischer Parteien sucht diese Studie die Frage nach der Responsivität politischer Parteien in Fragen der Politik der Europäischen Union umfassend zu beantworten. Dies erfordert eine dynamische Analyse, die (die Veränderung von) Wählerpräferenzen und (die Veränderung von) Parteipolitik in ihrer zeitlichen Abfolge analysiert. Es wird deshalb vorgeschlagen, alle Europawahl-Programme relevanter Parteien seit 1979 nach dem verdoppelten MRG-Schema inhaltsanalytisch aufzubereiten. Dabei kann die Tendenz des *gouvernementalen frames* – nach Europa oder in die

---

<sup>28</sup> Es handelt sich dabei um Programme in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache.

Nation hinein – auch als ein globales Maß der europäischen Orientierung einer politischen Partei dienen, welches zusammen mit den positionalen Experten-Kodierungen mögliche Veränderungen der europapolitischen Positionen politischer Parteien über die Zeit nachzuvollziehen erlaubt. Korrespondierende Informationen für die Wählerseite sind aus der Serie der repräsentativen Wählerumfragen der Europawahlstudien bzw. aus Eurobarometer-Umfragen verfügbar.

## **2.2. Eigene Vorarbeiten**

Der Antragsteller hat maßgeblich zur Anlage und Durchführung der bisherigen Europawahlstudien beigetragen. Er hat über viele Jahre die wissenschaftliche Koordination der Forschergruppe der *European Election Studies* wahrgenommen. Dies gilt insbesondere für die 1994er Repräsentationsstudie, deren zentrale Publikation er zusammen mit Jacques Thomassen herausgegeben hat (Schmitt und Thomassen 1999) und deren Ergebnisse die hier vorgeschlagene Studie aufgreift und fortführt.

Zur Vorbereitung der 1999er Studie hat der Antragsteller die Forschergruppe im Herbst 1998 – im Vorfeld der 1999er Europawahl – zu einer Vorbereitungskonferenz an das MZES nach Mannheim gebeten, auf der erste Konkretisierungen des Studiendesigns erarbeitet wurden. Eine zweite Konferenz fand auf Einladung von Jacques Thomassen im Januar 1999 an der Universität Twente statt. Aufbauend auf den Mannheimer Überlegungen waren zu dieser Konferenz neben den langjährigen Mitgliedern der EES-Forschergruppe auch Mitglieder der internationalen Kommunikationsforschungsgruppe um Holli Semetko und Klaus Schönbach eingeladen. Dort wurde das endgültige Studiendesign verabschiedet, welches im Anschluß daran von Cees van der Eijk und dem Antragsteller in eine erste schriftliche Form gebracht wurde (vgl. Anlage 9.2).

Die Europawahlstudie 1999 besteht demnach aus fünf aufeinander abgestimmten Modulen: (1) einer Programmstudie, die hier beantragt wird; (2) einer Medienstudie, die aus Mitteln der Universität Amsterdam und der niederländischen NWO finanziert ist und hauptsächlich an der Universität Amsterdam durchgeführt wird; (3) einer Wählerstudie, die ein festes Fundament für das Gesamtvorhaben darstellt und weitgehend abgeschlossen ist; (4) einer MEP-Wiederholungsbefragung (geplant) sowie (5) einer *roll-call analysis*, die von Simon Hix am LSE durchgeführt und

vom ESRC finanziert wird. Von Koordinationsanstrengungen abgesehen trägt der Antragsteller zu zwei dieser fünf Module der Europawahlstudie 1999 aktiv bei – zur Wählerstudie und zu der hier beantragten Euromanifestos-Studie. Zu diesen beiden wird deshalb im folgenden detaillierter Auskunft gegeben als zu den drei anderen.

### 2.2.1. Die Wählerstudie

Die Wählerstudie der Europawahlstudie 1999 wurde als repräsentative Querschnittserhebung unmittelbar nach der Europawahl im Juni 1999 in jedem der 15 Mitgliedsländer der Union durchgeführt. Primär aus finanziellen Erwägungen<sup>29</sup> hat sich die EES-Forschergruppe dafür entschieden, diese Nachwahlumfrage unabhängig von ihrem traditionellen *host* – den Eurobarometer-Umfragen – durchzuführen. IPSOS realisierte für uns ein etwa halbstündiges Telefoninterview in jedem Mitgliedsland, wobei zumeist rund 500 Interviews, in sechs ausgewählten Ländern – in denen eine besonders tiefgestaffelte Medieninhaltsanalyse betrieben wird – jedoch etwa 1000 Interviews durchgeführt wurden.<sup>30</sup> Italien stellt einen Sonderfall dar, da dort die Wählerstudie über ein *telepanel* administriert wurde. Die aufbereiteten Daten werden voraussichtlich im Herbst 2001 über die Archive der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die zeitlichen Restriktionen eines halbstündigen Interviews sind gravierend. Die Wählerstudie mußte sich deshalb auf die Operationalisierung der Wähler-relevanten Aspekte der zentralen Forschungsfrage der Europawahlstudie 1999 und auf die Fortführung der wichtigsten Instrumente aus früheren Studien konzentrieren. Im einzelnen handelt es sich dabei um Fragen zu

- Mediennutzung (allgemein und wahl-spezifisch)
- Politikinteresse (allgemein und Issue-spezifisch)
- Agenda (offen und geschlossen)
- gouvernementaler *frame* (offen und geschlossen)

---

<sup>29</sup> Nachdem ein ESRC-Antrag zur Finanzierung der Gesamtstudie erfolglos blieb, wurde die Wählerstudie durch die niederländische NWO sowie aus Forschungsmitteln der Universität Amsterdam, des WZB in Berlin, des MZES in Mannheim, des CIS in Madrid, des ISPO in Mailand und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in Berlin finanziert.

<sup>30</sup> Dies sind: Dänemark, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Spanien und das Vereinigte Königreich.

- Politikbewertung (Zufriedenheit allgemein und Issue-spezifisch)
- Position zur europäischen Einigung (Einstufung des Befragten und der relevanten Parteien)<sup>31</sup>
- Links-Rechts-Position (Einstufung des Befragten und der relevanten Parteien)
- Parteibindung (Richtung und Stärke)
- politische Entfremdung und Zynismus
- Wahlverhalten (Wahlbeteiligung, Wahlrückerinnerung europäisch und national, Wahlabsicht national, Wahlwahrscheinlichkeiten für relevante Parteien)
- Demographie.

### **2.2.2. Vorbereitungen für die Euromanifestos-Studie**

Über die bereits bisher deutlich gewordenen theoretischen und konzeptuellen Vorbereitungen hinaus wurde mit der Sammlung der Europawahl-Programme der relevanten Parteien begonnen.

Von 113 Programmen, die solche relevanten Parteien aus Anlaß der Europawahl 1999 veröffentlicht haben, sind heute 56 in Mannheim, also etwa jedes zweite. Es fehlen insbesondere Programme aus den südlichen Mitgliedsländern der Union. Von den rund 500 Programmen, die „relevante“ Parteien zu den Wahlen des Europäischen Parlamentes zwischen 1979 und 1999 veröffentlicht haben, sind heute 172 in Mannheim,<sup>32</sup> das ist etwa jedes dritte. Es fehlen insbesondere Programme aus den südlichen Mitgliedsländern und Programme kleinerer Parteien.

Bisher wurden die Parteien direkt angeschrieben (e-mail oder snail-mail) oder auch angerufen. Diesem Verfahren sind jedoch Grenzen, nicht zuletzt sprachlicher Art, gesetzt. Die nächste Beschaffungsrunde wird deshalb indirekt erfolgen: Kollegen vor Ort werden voraussichtlich weniger Probleme haben als wir von Mannheim aus, die Programme zu bekommen. Als weitere Möglichkeit steht dann noch das Netz der MRG-Kodierer zu Verfügung, die zumeist über vorzügliche Kontakte zu ihren nationalen Parteien verfügen und nach Aussage der langjährigen Koordinatorin des Netzes, Frau Volkens, schon so manches verschollene Programm auffinden konnten.

---

<sup>31</sup> Dieses Instrument konnte auch in einer Reihe nationaler Wahlstudien der Jahre 1998 und 1999 plaziert werden, so daß hier vergleichende Analysen möglich sind.



Im Rahmen der vorliegenden Studie streben wir eine Erfassung von 80 Prozent der aktuellen Programme und von 60 Prozent aller Programme an, das entspricht einer Erhöhung beider bisherigen Beschaffungsanteile um rd. 30 Prozent. Langfristig sollen alle Programme beschafft werden.

### **2.2.3. Die weiteren Module**

Die Amsterdamer Gruppe ist zur Zeit noch mit der Kodierung der Medieninhalte beschäftigt, was angesichts der Anzahl der Länder und Medien auch noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Eine enge Kooperation mit dieser Gruppe, vor allem mit Cees van der Eijk, besteht seit vielen Jahren.

Die Pläne für eine Wiederholungsbefragung der Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen im laufenden Jahr angegangen werden. Der Antragsteller ist gebeten, an den Fragebogenberatungen teilzunehmen und beabsichtigt, dieser Einladung zu folgen.

Die Arbeiten am *MEP Behaviour Project* sind weit fortgeschritten. Die Datenerhebung ist abgeschlossen. Der Projektleiter befindet sich z.Z. in den Vereinigten Staaten, um methodische Fragen der Datenanalyse abzuklären.

## **3. Ziele und Arbeitsprogramm**

### **3.1. Ziele**

Das hier vorgeschlagene Forschungsprojekt verfolgt zunächst inhaltliche Ziele, dann solche der Datengenerierung und schließlich Ziele der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse.

Was die inhaltlichen Ziele angeht, sollen die Bedingungen wirkungsvoller politischer Repräsentation in der Europäischen Union ermittelt werden, indem (a) die Frage geklärt wird, unter welchen Umständen Fragen der Politik der Europäischen Union „wichtig“ werden; (b) die Frage geklärt wird,

---

<sup>32</sup> Darunter 18 Programme aus den Unterlagen des Wahlkampf-Projektes der Europawahlstudie 1979 (vgl. Reif 1985).

ob politische Parteien in Fragen der Politik der Europäischen Union responsibel sind; und (c) die Frage geklärt wird, ob politische Parteien in Fragen der Politik der Europäischen Union responsiv sind.

Im Zusammenhang mit anderen Teilprojekten des größeren Projektverbundes, die teilweise schon abgeschlossen oder weit fortgeschritten sind, setzt dies voraus, daß ein Datensatz erstellt wird, der die Inhalte der Europawahl-Programme politischer Parteien auf theoretisch relevanten Dimensionen identifiziert. Solche theoretisch relevanten Dimensionen sind die Salienz oder Wichtigkeit politischer Themen; der gouvernementale *frame*, in welchem sie präsentiert werden; und gelegentlich auch die Position, die der korporative Akteur politische Partei zu bestimmten politischen Fragen bezieht.

Die Publikationsziele des Projektes sind nicht weniger ehrgeizig als die inhaltlichen und die der Datengenerierung. Projektleiter und Mitarbeiter streben an, in der zentralen Veröffentlichung der Europawahlstudie 1999 prominent mitzuwirken. Zudem soll das Projekt eine Datengrundlage (neben anderen) legen für ein im Englischen zu veröffentlichendes Buch über *Political Parties and European Integration*.

### **3.2. Arbeitsprogramm**

Das Arbeitsprogramm des Euromanifestos-Projektes hat mit der Sammlung der Europawahl-Programme der politischen Parteien schon begonnen, bevor es ggf. bewilligt werden wird. Diese Aktivitäten werden bis zum vorgesehenen Projektbeginn fortgeführt und weitgehend abgeschlossen werden können.

In der ersten Phase des eigentlichen Arbeitsprogrammes sollen die Erhebungsinstrumente über die hier präsentierten methodischen Weichenstellungen hinaus konkretisiert und getestet werden. Hier geht es einmal um die „Spiegelung“ des MRG-Schemas zur Erfassung des gouvernementalen *frames*, und zum anderen um die Erstellung von Wörterbüchern (*dictionaries*, in elf Sprachen) zur Computer-unterstützten Ermittlung des parteilichen Problemnachdrucks auf den fünf über alle Module hinweg berücksichtigten politischen Themen bzw. Problemen. Diese Phase, in der auch intensiv die Rückkoppelung mit den weiteren Projektteilen (den Medien- und Parlamentarier-Studien) gesucht und auf externe Beratung durch Experten in Berlin (etwa Frau Volkens für die MRG-

Expertenkodierung) und Dublin (Herr Garry für die Computerunterstützte Inhaltsanalyse) zurückgegriffen werden muß, kann bis zu sechs Monate in Anspruch nehmen. In dieser Phase sollen auch die 1999er Wahlprogramme, die zusätzlich zur MRG-Kodierung einer Computer-unterstützten Inhaltsanalyse unterzogen werden sollen, in eine elektronische (Computer-lesbare) Form gebracht werden. Am Ende dieses ersten Projektteiles soll eine zentrale Konferenz zur Einführung der Expertenkodierer in das revidierte MRG-Kodierschema stehen.

Die folgenden 12 Monate sind für die Organisation der Kodierung, für die Kontrolle der Ergebnisse und für die Konstruktion eines ersten integrierten Datensatzes vorgesehen. Dieser lange Zeitraum ist notwendig, da insbesondere bei der traditionellen Inhaltsanalyse durch die Expertenkodierer sehr viele Wahlprogramme (ca. 300) zu bearbeiten sind. Geplant ist jedoch, in dieser Phase auch schon erste vergleichende Analysen zu rechnen. So kann der Vergleich zwischen den Aussagen nationaler Wahlprogramme und Europawahl-Programme und der Abgleich zwischen *salience* und *frame* auf der Wählerseite mit *emphasis* und *frame* auf der Programmseite hier begonnen werden.

Im verbleibenden halben Jahr sollen erste Ergebnisse dieser und weiterführender Analysen erarbeitet und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsentiert werden, der Datensatz zur Veröffentlichung über die Archive hergerichtet und dokumentiert werden, sowie der Abschlußbericht für die DFG geschrieben werden.

## **4. Beantragte Mittel**

### **4.1. Personalbedarf**

a. Aufgrund der analytischen Vielschichtigkeit des hier beschriebenen Forschungsprojektes und des daraus resultierenden außerordentlich großen Arbeitsumfangs werden eine ganze und eine halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstelle für 2 Jahre (1.7.2001 bis 30.6.2003) beantragt.

Der/die Inhaber/in der ganzen Stelle soll in Abstimmung mit Frau Volkens in Berlin für die Entwicklung des „gespiegelten“ MRG-Kodierschemas zuständig sein, die Kodiererkonferenz vorbereiten und organisieren, den Einsatz der Kodierer in 15 Nationen steuern, und (in Zusammenarbeit mit dem/der Inhaber/in der halben Stelle) einen integrierten Datensatz erstellen und in der englischen

Sprache dokumentieren, der die Informationen aus der „gespiegelten“ MRG Kodierung, der angehängten positionalen Verortung der Parteien durch die Kodierer, und der Computer-unterstützten Problemnachdruckverkodung bündelt. Er/sie soll diesen Datensatz den weiteren Modulen der Europawahlstudie zur Verfügung stellen und in – ggf. internationaler – Kooperation, erste Analysen zur Übereinstimmung von Parteien- und Medienagenda bzw. –frame sowie zu den Fragen der Verantwortlichkeit und Responsivität politischer Parteien durchführen sowie den DFG-Abschlußbericht verfassen.

Der/die Inhaber/in der halben Stelle soll in Abstimmung mit Herrn Garry in Dublin für die Computer-lesbare Erfassung und Computer-unterstützte Analyse der 1999er Europawahl-Programme der Parteien zuständig sein, die elf sprachspezifischen Wörterbücher in Kooperation mit Kollegen in den jeweiligen Ländern erstellen, die Inhaltsanalyse durchführen, und zur Herstellung des integrierten Datenfiles (insbesondere auch zur Dokumentation) beitragen. Er/sie soll in – ggf. internationaler – Kooperation erste Analysen zur Übereinstimmung von Parteien- und Medienagenda bzw. –frame sowie zu den Fragen der Verantwortlichkeit und Responsivität politischer Parteien durchführen.

b. Beantragt wird zudem die Unterstützung des Projektes durch studentische Hilfskräfte in der Größenordnung von insgesamt 80 Stunden pro Monat, ebenfalls für 2 Jahre.

Neben allgemeinen Aufgaben wie Literaturbeschaffung, Kopieren u.ä.m. wird die Aufgabe der studentischen Hilfskräfte darin bestehen, (a) kontinuierlich die Programmbeschaffung zu überwachen; die vorhandenen Programme zu scannen – nach ersten Versuchen wird pro Programm bis zu einem halben Tag Arbeit veranschlagt;<sup>33</sup> und die Projektmitarbeiter bei der Koordination und Kontrolle der Datenerhebung zu unterstützen.

c. Beantragt wird schließlich die Finanzierung der Kosten eines Werkvertrages über DM 10.000 zur Unterrichtung und Unterstützung der Projektgruppe in der Praxis der modernen Computer-unterstützten Inhaltsanalyse. Es soll einer der z.Z. am besten ausgewiesenen internationalen Experten in diesem Bereich, John Garry vom Trinity College in Dublin, dazu gewonnen werden, in der ersten Projektphase für ca. 6 Wochen das Mannheimer Team zu verstärken. Zwar wurde mit ihm über die

---

<sup>33</sup> Die Programme sind zumeist grafisch aufwendig gestaltet, was die Übertragung des sprachlichen in Text dateien zu einer langwierigen Aufgabe werden läßt.

Details dieses Werkvertrages noch nicht geredet, er hat jedoch im Vorfeld prinzipielles Interesse an einer Kooperation mit dem hier beantragten Projekt geäußert.

#### **4.2. Wissenschaftliche Geräte**

Wissenschaftliche Geräte und die zu ihrem Betrieb notwendige Software werden für die Dauer des Projektes vom MZES zur Verfügung gestellt.

#### **4.3. Verbrauchsmaterial**

a. Unspezifische Verbrauchskosten (Blöcke, Stifte, Ordner etc.). Die Erfahrung lehrt, daß ein Forschungsprojekt monatlich Verbrauchsmaterial in einer Größenordnung von DM 150 verbraucht. Über die Laufzeit von 24 Monaten sind dies dann DM 3.600.

b. Kopien. Der operationale Kern des hier beantragten Forschungsprojektes besteht in der Sammlung, Dokumentation und Analyse der Europawahl-Programme der relevanten politischen Parteien. Die Dokumentation verursacht zusätzliche Sachkosten auch im Sinne von Verbrauchsmaterialien. Es sind umfangreiche Programm-Kopien anzufertigen und an die Expertenkodierer zu verschicken. 300 Programme à 20 Seiten ergibt 6000 Kopien, die bei einem Stückpreis von DM 0.05 DM 300 ausmachen.

c. Mehrkosten Telefon. Aufgrund des internationalen Charakters der Studie ergeben sich zudem erhöhte Kommunikationskosten. Auch bei den neuerdings deutlich moderateren Telefongebühren rechnen wir mit einem monatlichen Telefonkostenaufwand von DM 200, was über eine zweijährige Laufzeit DM 4.800 ergibt.

Die beantragten Kosten für Verbrauchsmaterial betragen demnach insgesamt DM 8.700.

#### **4.4. Reisen**

Das hier vorgeschlagene Projekt baut auf bestehenden internationalen Kooperationen auf. Es sollen aber auch neue Kooperationen – insbesondere mit Mitarbeitern des MRG-Projektes, aber auch mit den MRG-Kritikern Laver und Garry in Dublin – dazukommen. Um diese zu realisieren, ist es notwendig, daß:

a. MRG-Expertenkodierer aus allen 15 EU-Mitgliedsländer zu einem Wochenendseminar nach Mannheim kommen, um das revidierte Kodierschema zu diskutieren und sich in die Anwendung desselben einweisen zu lassen. Die Kosten dieser Konferenz können nur überschlägig ermittelt werden.

APEX-Flüge nach Frankfurt kosten z.Z. von vielen europäischen Startflughäfen etwa DM 600, die (jeweils vier) Wege zum und vom Flughafen zusammen im Schnitt etwa DM 150, und ein Konferenztag inkl. Übernachtung pro Teilnehmer etwa DM 250. Wenn wir – aufgrund von Devolutionsprozessen, die ihrerseits zur Multiplikation der nationalen Parteiensystems in Belgien, dem Vereinigten Königreich und Spanien geführt haben, sowie aufgrund der generell komplizierten Lage in Frankreich – eher von 20 als von 15 Teilnehmern ausgehen, und die Anreise für einen Donnerstagabend und die Rückreise für einen Sonntag vorsehen, dann ergeben sich für diese Konferenz Kosten von rd. DM 30.000.

b. der/die „volle“ Projektmitarbeiter/in, der/die schwerpunktmäßig für die Vorbereitung und die Organisation der „gespiegelten“ MRG-Kodierung zuständig sein soll, soll sich gerade in der ersten Projektphase (im ersten halben Jahr) intensiv mit Frau Volkens am WZB in Berlin austauschen. Dies wird zum Großteil über Telefon und email möglich sein; es soll aber auch Gelegenheit für zwei längere persönliche Beratungen und Austausche gegeben werden. Dafür sind jeweils eine Bahnfahrt Mannheim-Berlin-Mannheim und einmal zwei und einmal eine Übernachtungen mit den dazugehörigen Tagegeldern zu kalkulieren, als zusammen rd. DM 1.000.

c. der/die „halbe“ Projektmitarbeiter/in, der/die schwerpunktmäßig für die Vorbereitung und die Durchführung der Computer-unterstützten Inhaltsanalyse der Europawahl-Programme zuständig sein soll, soll sich gerade in der ersten Projektphase (im ersten halben Jahr) intensiv mit John Garry am Trinity College in Dublin und mit der Medien-Forschungsgruppe in Amsterdam austauschen. Dies

wird zum Großteil über Telefon und email möglich sein; es soll aber auch Gelegenheit für jeweils eine längere persönliche Beratung gegeben werden. Dafür können wir kaum die oben für die Konferenz angenommenen Kostensätze zugrundelegen, weil solche Besuche schlecht über ein Wochenende abgewickelt werden können. Es ergeben sich erhöhte Flugkosten von jeweils etwa DM 1.000, gleichbleibende Wegekosten zum und vom Flughafen von zusammen etwa DM 150, und Aufenthaltskosten von DM 750 (drei Nächte). Jede dieser beiden Informations- und Abstimmungsreisen wird also Kosten in Höhe von etwa DM 1.900 verursachen, zusammen ergibt dies DM 3.800.

d. Der Antragsteller und prospektive Leiter des hier vorgeschlagenen Projektes wird sich sinnvollerweise mit den weiteren Projektkomponenten – Medieninhaltsanalyse, MEP-Wiederholungsbefragung und MEP *roll-call analysis* – abstimmen, um ein koordiniertes Voranschreiten zu gewährleisten. Wenn wir eine Kurzreise (zwei Tage und eine Übernachtung unter der Woche) zu jedem dieser weiteren Projektkomponenten zugrunde legen, ergeben sich hieraus Kosten von insgesamt 4.500 DM.

Die Reisekosten insgesamt betragen demnach DM 39.300.

#### **4.5. Sonstige Kosten: Aufträge an Dritte**

Etwa 300 Europawahl-Programme politischer Parteien sollen von den Expertenkodierern des MRG-Netzes inhaltsanalytisch erfaßt werden. Die Namen und Adressen dieser Expertenkodierer werden dem Antragsteller des hier vorgeschlagenen Projektes von Frau Volkens (WZB in Berlin) zur Verfügung gestellt werden; Kontaktaufnahme, Training und Koordination der Kodierarbeiten werden jedoch beim Manifestos-Projekt liegen. In der Vergangenheit wurde einem Expertenkodierer vom MRG-Projekt DM 100 für die Erfassung eines Programmes gezahlt. Dies stellte mehr eine symbolische Gratifikation als eine echte Bezahlung dar, die in einem neuen Studienkontext als Motivation zur Kooperation wohl kaum ausreichen dürfte.

Die langjährige Koordinatorin des MRG-Kodierernetzes, Frau Volkens, hat dem Antragsteller deshalb vorgeschlagen, die Vergütung deutlich – z.B. auf DM 500 pro Wahlprogramm – zu erhöhen.

Dies erscheint dem Antragsteller jedoch überhöht. Auch angesichts des zusätzlichen „Anreizes“, der sich aus der Teilnahme an der geplanten internationalen Konferenz ergibt, wird vorgeschlagen, DM 200 für die Kodierung eines „kurzen“ und DM 400 für die Kodierung eines „langen“ Programmes zu zahlen. Bei einem mittleren Preis von DM 300 Programm ergeben sich bei 300 zu kodierenden Programmen Kodierkosten vom rund DM 90.000.

## **5. Voraussetzungen für die Durchführung des Vorhabens**

### **5.1. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe**

Hermann Schmitt, Andrea Römmele, N.N, N.N.

### **5.2. Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern**

Das hier beantragte Projekt ist Bestandteil des Forschungsprogramms des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung. Über den Austausch mit den Kollegen im Hause hinaus ist Zusammenarbeit verabredet mit:

- den Mitgliedern der *European Election Study Research Group*, insbesondere Pilar del Castillo (Madrid); Roland Cayrol (Paris); Mark Franklin (Hartford, Conn., USA); Simon Hix (London); Renato Mannheimer (Genua); Michael Marsh (Dublin); Karlheinz Reif (Brüssel); Cees van der Eijk (Amsterdam); Colette Ysmal (Paris);
- der Amsterdamer Kommunikations-Gruppe um Holli Semetko und Klaus Schönbach
- der Eliteforscher-Gruppe um Sören Holmberg (Göteborg), Jacques Thomassen (Enschede) und Bernhard Weßels (Berlin)
- den Experten in der Computer-unterstütztem Inhaltsanalyse von politischen Texten, Michael Laver und John Garry, am Trinity College in Dublin
- den Mitgliedern des TMR-Forschungsnetzes „Politische Repräsentation und Wahlentscheidung in der Europäischen Union“ u.a. zur Komplettierung der Sammlung der Europawahl-Programme.



### **5.3. Arbeiten im Ausland und Kooperation mit ausländischen Partnern**

Das Projekt deckt die Mitgliedsländer der Europäischen Union ab. Die Hand-Verkodung der hier zu analysierenden Europawahl-Programme der politischen Parteien wird im jeweiligen Land durch die lokale Experten der MRG-Forschungsgruppe durchgeführt werden. Zu konkreten Kooperationen vgl. 5.2.

Wir gehen davon aus, daß wir etwa 300 Parteiprogramme durch Expertenkodierer von Hand verkoden lassen werden, davon rund 280 von Kodierern im Ausland. Bei einem mittleren Preis von DM 300 ergibt sich ein Kostenanteil vom rund DM 84 000 DM, der an ausländische Kooperationspartner fließen soll.

### **5.4. Apparative Ausstattung**

Das Projekt soll am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, einer Forschungseinrichtung der Universität Mannheim, durchgeführt werden. Die apparative Ausstattung des MZES, insbesondere auch die vorzügliche EDV-Infrastruktur, stehen für die Dauer der Projektlaufzeit zur Verfügung.

### **5.5. Laufende Mittel für Sachausgaben**

Die Sachausgaben für die Vorbereitungsphase der Studie wurden vom MZES getragen. Für die eigentliche Projektphase stehen keine laufenden Mittel für Sachausgaben zur Verfügung.

### **5.6. Sonstige Voraussetzungen**

Das Projekt wird im Rahmen eines größeren internationalen Forschungsverbundes – der Europawahlstudie 1999 – durchgeführt. In diesem Forschungsverbund arbeiten eine Reihe von Kollegen

mit, die schon in früheren Europawahlstudien maßgeblich beteiligt waren. Dies erleichtert die Zusammenarbeit und bietet gute Voraussetzungen für das Gelingen des Vorhabens. Zudem ist ein wichtiger Teil des Gesamtprojektes – die 1999er Wählerstudie – schon realisiert und die Daten liegen vor. Zwei weitere Komponenten – die Medieninhaltsanalyse und die *roll-call analysis* – sind weit fortgeschritten. Auch dies bietet gute Voraussetzungen für das Gelingen des Gesamtvorhabens, zu dem dieses Projekt beitragen will.

## **6. Wirtschaftliche Verwertung**

Keine.

## **7. Erklärungen**

Ein Antrag auf Finanzierung dieses Vorhabens wurde bei keiner anderen Stelle eingereicht. Wenn ich einen solchen Antrag stelle, werde ich die Deutsche Forschungsgemeinschaft unverzüglich benachrichtigen. Ich habe auch den DFG-Vertrauensdozent der Universität Mannheim, Herr Prof. Dr. Björn Burkhardt, von diesem Neuantrag unterrichtet.

## **8. Unterschrift**

## **9. Anlagen**

### **9.1. Verzeichnis der zitierten Literatur**

### **9.2. The European Election Study 1999: Some Notes on Background, Leading Research Question, and Study Design**

- 9.3. Kodierschema des MRG-Forschungsprojektes**
- 9.4. Fragebogen der Wählerstudie der Europawahlstudie 1999**
- 9.5. The MEP Behaviour Study**
- 9.6. Tabellarischer Lebenslauf des Antragstellers**

## 9.1. Verzeichnis der zitierten Literatur

- Aarts, Kees, André Blais und Hermann Schmitt. n.d. *Political Leaders and Democratic Elections*. In Vorbereitung.
- American Political Science Association. 1950. „Towards a More Responsible Two-Party System.“ *American Political Science Review* 22:475-510.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee. 1954. *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Brettschneider, Frank. 1995. *Öffentliche Meinung und Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1983a. *Explaining and Predicting Elections*. London: George Allen and Unwin.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1983b. „Party Competition: Selective Emphasis or Direct Confrontation.“ In *Western European Party Systems*, hrsgg. von Hans Daalder und Peter Mair. London: Sage.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1977. *Voting and Party Competition*. New York: John Wiley.
- Budge Ian und Hans Keman. 1990. *Parties and Democracy. Coalition Formation and Government Functioning in Twenty States*. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian und Michael Laver. 1984. „Policy, Ideology and Party Distance: Analysis of Election Programmes in 19 Democracies.“ *Legislative Studies Quarterly* 11: 608-18.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl, Hrsg. 1987. *Ideology, Strategy and Party Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Butler, David und Donald E. Stokes. 1972. *Political Change in Britain*, 2. revidierte Auflage, London: Macmillan (1. Auflage 1969).
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1968. *Elections and the Political Order*, New York: Wiley.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*, New York: Wiley.
- Carruba, Clifford J. n.d. „The Electoral Connection in European Union Politics.“ *Journal of Politics* (im Erscheinen).
- Cohen, Bernhard. 1963. *The Press and Foreign Policy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Daalder, Hans und Peter Mair. 1983. *Western European Party Systems. Continuity and Change*. London: Sage.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Enelow James M. und Melvin J. Hinich. 1984. *The Spatial Theory of Voting*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esaiasson, Peter und Sören Holmberg. 1996. *Representation from Above: Members of Parliament and Representative Democracy in Sweden*. Aldershot: Dartmouth.

- Flechtheim, Ossip. K. 1973. *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Franklin, Mark N. und Christopher Wlezien. 1997. „The Responsive Public: Issue Saliency, Policy Change, and Preferences for European Unification.“ *Journal of Theoretical Politics* 9:347-63.
- Garry, John. 2001. „Estimating Policy Positions from the Computer Coding of Political Texts: Results from Britain, Ireland, Germany and Norway.“ In *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, hrsgg. von Michael J. Laver. London: Routledge (im Erscheinen).
- Harmel, Robert, Kenneth Janda und Alexander Tan. 1995. „Substance vs. Packaging: An Empirical Analysis of Parties issue profiles.“ Paper presented at the *Annual Meeting of the American Political Science Association*, Chicago.
- Hofferbert, Richard und Hans-Dieter Klingemann. 1990. „The Policy Impact of Party Programmes and Government Declarations in the Federal Republic of Germany.“ *European Journal of Political Research* 18:277-304.
- Holmberg, Sören. 1997. „Dynamic Representation.“ *Scandinavian Political Studies* 20: 265-83.
- Iyengar, Shanto und Donald R. Kinder. 1987. *News that Matters. Television and American Opinion*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Janda, Kenneth, Robert Harmel, Christine Edens und Patricia Golf. 1995. „Changes in Party Identity. Evidence from Party Manifestos.“ *Party Politics* 1:171-96.
- Kepplinger, Hans Mathias, Hans-Bernd Brosius und Stefan Dahlem. 1994. *Wie das Fernsehen Wahlen beeinflusst*. München: Fischer.
- Kirkpatrick, Evron M., 1971. „Toward a More Responsible Two-Party System“, *American Political Science Review* 72:165–77.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1996. „Party Positions and Voter Orientations.“ In *Citizens and the State*, hrsgg. von Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1973. „Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellungen zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich.“ *Politische Vierteljahresschrift* 14:227-257.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert und Ian Budge. 1994. *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder, Colorado: Westview Press.
- König, Thomas, Elmar Rieger und Hermann Schmitt, Hrsg. 1996. *Das Europäische Mehrebenensystem*. Frankfurt: Campus.
- Krämer, Jürgen und Hans Rattinger. 1997. „The Proximity and the Directional Theories of Issue Voting: Comparative Results for the U.S. and Germany.“ *European Journal for Political Research* 32:1-29.
- Lasswell, Harold D. 1948. „The Structure and Function of Communication in Society.“ In *The Communication of Ideas*, hrsgg. von Lyman Bryson. New York: Institute for Religious and Social Studies.

- Laver, Michael J., Hrsg. 2001. *Estimating Policy Positions of Political Actors*. London: Routledge (im Erscheinen).
- Laver, Michael J. und Ian Budge, Hrsg. 1992. *Party Policy and Government Coalitions*. London: Macmillan.
- Laver, Michael J. und Ben W. Hunt. 1992. *Policy and Party Competition*. London: Routledge.
- Laver Michael J. und John Garry. 2000. „Estimating Policy Positions from Political Texts.“ *American Journal of Political Science* 44:619-34.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson, Hrsg. 1995. *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*. Washington DC: Brookings Institution.
- Lipset Martin S. und Stein Rokkan. 1967. „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction.“ In *Party Systems and Voter Alignments*, hrsgg. von Martin S. Lipset und Stein Rokkan. New York: Free Press.
- Luttbeg, Norman R., Hrsg. 1974. *Public Opinion and Public Policy: Models of Political Linkage*. Homewood: Dorsey Press.
- Lyons, Pat. n.d. „Dynamic Representation in the European Union.“ In *The Electoral Connection: Preconditions, Mechanisms and Consequences of Voting in Western Europe*, hrsgg. von Andrea Römmele und Hermann Schmitt. In Vorbereitung.
- Mazey, Sonia und Jeremy Richardson, Hrsg. 1993. *Lobbying in the European Community*. Oxford: Oxford University Press.
- Menke, Kurt. 1980. „Programmes of National Parties and European Party Federations: Theoretical Considerations and Some Empirical Evidence.“ Paper presented at the *ECPR Joint Session of Workshops* in Florence.
- Norris, Pippa. 2000. *A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa, John Curtice, David Sanders, Margaret Scammell und Holli A. Semetko. 1999. *On Message. Communicating the Campaign*. London: Sage.
- Pedler, Robin H. und Marinus P.C.M. van Schendelen, Hrsg. 1994. *Lobbying the European Union : companies, trade associations and issue groups*. Aldershot: Dartmouth.
- Rabinowitz, George und Stuart E. MacDonnald. 1989. „A Directional Theory of Issue Voting.“ *American Political Science Review* 83:93-121.
- Reif, Karlheinz, Hrsg. 1985. *Ten European Elections. Campaigns and Results of the 1979/81 First Direct Elections to the European Parliament*. Aldershot: Gower.
- Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt. 1980. „Nine national second-order elections: A systematic framework for analysis of European election results.“ *European Journal of Political Research* 8:3-44.
- Robertson, David. 1976. *A Theory of Party Competition*. London, New York: Wiley.
- Römmele, Andrea. 2001. *Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Bürgern*. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).

- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmitt, Hermann. 1999. *Der Einfluß politischer Streitfragen auf die Wahlentscheidung und die Effektivität politischer Repräsentation*. Berlin: Freie Universität (mimeo).
- Schmitt, Hermann. 1998. „Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz?“ In *Wahlen und Wähler*, hrsgg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Hermann. 1987. *Neue Politik in alten Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Hermann und Renato Mannheimer. 1991. „About Voting and Non-Voting in the European Elections of June 1989.“ *European Journal of Political Research* 19:31-54.
- Schmitt, Hermann und Jacques J.A. Thomassen. 2000. „Dynamic Representation: The Case of European Integration.“ *European Union Politics* 1:318-39.
- Schmitt, Hermann und Jacques J.A. Thomassen, Hrsg. 1999. *Political Representation and Legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Schönbach, Klaus. 1977. *Trennung von Nachricht und Meinung*. Freiburg: Albers.
- Schulz, Winfried. 1997. *Politische Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stimson, James A., Marcus B. MacKuen und Robert S. Erikson. 1995. „Dynamic Representation.“ *American Political Science Review* 89:543-65.
- Stinchcombe, Arthur L. 1975. „Social Structure and Politics.“ In *Macropolitical Theory*. (Handbook of Political Science 3), hrsgg. von Fred I. Greenstein and Nelson W. Polsby. Reading Mass. Addison-Wesley Publishers.
- Stokes, Donald E. 1992. „Valence Politics.“ In *Electoral Politics*, hrsgg. von Dennis Kavanagh. Oxford: Clarendon Press.
- Stokes, Donald E. 1966. „Spatial Models of Party Competition.“ In *Elections and the Political Order*, hrsgg. von Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. New York: Wiley.
- Strøm, Kaare und Jorn Y. Leipart. 1994. „Ideologie, Strategie und Wettbewerb im norwegischen Parteiensystem der Nachkriegszeit.“ In *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*, hrsgg. von Franz Urban Pappi und Hermann Schmitt. Frankfurt: Campus.
- Thomassen, Jacques. 1994. „Empirical Research into Political Representation.“ In *Elections at Home and Abroad*, hrsgg. von Kent M. Jennings und Thomas E. Mann. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Thomassen, Jacques. 1991. „Empirical Research into Political Representation. A Critical Reappraisal.“ In *Politische Klasse und politische Institutionen. Festschrift für Dietrich Herzog*, hrsgg. von Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöß und Bernhard Weßels. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Van der Brug, Wouter. 1996. *Where's the Party? Voters' Perceptions of Party Positions*. Amsterdam: University of Amsterdam.
- Van der Eijk, Cees und Mark Franklin, et al. 1996. *Choosing Europe*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

- Volkens, Andrea. 2001. „The Manifesto Research Group Since 1989.“ In *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, hrsgg. von Michael J. Laver. London: Routledge (im Erscheinen).
- Volkens, Andrea. 1992. *Content Analysis of Party Programmes in Comparative Perspective: Handbook and Coding Instructions*, Comparative Manifestos Project. Berlin: WZB (mimeo).
- Voltmer, Katrin. 1999. *Medienqualität und Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Weßels, Bernhard und Hermann Schmitt. 2000. „Europawahlen, Europäisches Parlament und nationalstaatliche Demokratie: Formen und Folgen der Demokratisierung der Europäischen Union.“ In *Die Zukunft der Demokratie*, hrsgg. von Friedhelm Neidhardt und Hans-Dieter Klingemann. Berlin: Sigma.
- Wattenberg, Martin P. 1991. *The Rise of Candidate-Centered Politics. Presidential Elections of the 1980s*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Weiler, Joseph H.H., Ulrich R. Haltern und Franz C. Mayer. 1995. „European Democracy and its Critique.“ In *The Crisis of Representation*, hrsgg. von Jack E. S. Hayward. London: Frank Cass.



## 9.2. The European Election Study 1999

Some Notes on Background, Leading Research Question, and Study Design.<sup>34</sup>

### I. Background and Research Question

The European Elections Study came into existence in anticipation of the first direct elections for the European Parliament in 1979. Ever since more or less the same international group of scholars has been responsible for successive European Elections Studies at the occasion of all but one election for the European Parliament. The thematical focus of these studies has been varying from one study to the next: The 1979 study was substantially a study of electoral mobilisation; the study of 1989 was probing into the degree of Europeanisation of the electoral process; and the 1994 study focused on the representational bond between the European voters and their representatives in parliament. The empirical basis of these studies consisted of surveys among random samples of the electorate in each of the member states before and immediately after the elections, party elite surveys, surveys among candidates standing for office in European Parliament elections, and surveys among members of national parliaments and among members of the European Parliament.

The major results of the last round of studies can be summarised as follows. Much in contrast to the alleged Euro-scepticism, there is widespread support among citizens for attributing policy responsibility to the European level for issues of common concern that so far have been mainly considered the exclusive realm of the separate member states. This is even more significant in view of the much more critical evaluation of the ways in which the institutions of the European Union operate. Nevertheless, actors, institutions and policies particular to the European Union weigh low in voters awareness and have little impact on their electoral behaviour. This is not to say that representation was found to be totally absent in the process leading to the election of the European Parliament. Issues of common concern to the member states of the Union and to the Union itself are quite similarly structured to positions of and preferences for the national political parties that together formed the party groupings in the European Parliament. More generally, electoral representation seems to function reasonably well for all those policy concerns at the level of the European Union that have become aligned with the ideological frameworks that are common to domestic politics in the member states.

---

<sup>34</sup> by Cees van der Eijk and Hermann Schmitt

These findings give rise to a number of concerns and questions for further research. The concerns derive from the fact that important areas of European policy making are not aligned with common ideological frameworks with the consequence that representation in these areas is hard to attain as long as both voters and parties assign little prominence to these policies. This is equally true for a line of reasoning that emphasises political representation and democratic control by way of national governments and parliaments as for the perspective that such representation and control ought to be attained via the transnational route. Moreover, even for policies of common concern the representational process is suboptimal (again equally so for both routes of representation indicated above) because of the idiosyncratic manner in which trans-European ideological frameworks manifest themselves in the particular history, institutions, and party systems of the member states. Here, too, more central attention in the European election campaigns to what occurs at the European level of policy making would result in better representation.

These concerns thus give rise to questions *under which conditions voters' and parties' orientations towards European policy make a substantive contribution to the electoral process that generates the EP* (to the extent that such orientations have developed at all).

## **II. Elaborating the Research Question**

On the basis of our previous research, we surmise that European policy considerations will in general be little prominent in the minds and motivations of politicians, voters and media alike, albeit not uniformly so. However, prominence is a key condition for voters' and parties' orientations towards European policy to make a substantive contribution to the electoral process. "Prominence" refers both to the breath and depth of such orientations, to the priority they do or do not gain over other ones, and to the linkage of such orientations to actual behaviour. Prominence is inherently a relative phenomenon, that can only be observed in relation to other orientations that may be more or less central in people's mind and thus more or less consequential to their political behaviours. Thus, the question of how prominent orientations to European policy are, has to be placed in a perspective of competition with other orientations that vie for the attention of political actors.

National political concerns do frequently, but not necessarily and without variation outweigh European ones. This is illustrated first of all by fluctuations over time in the attention attributed to European policies (there is an apparent increase in the attention to the consequences of the Schengen arrangements, but also a decrease in that for the CAP). Secondly, we see that important differences exist between member-states in the prominence of European policy concerns (e.g., the importance to Italy of being admitted to the EMU from the start overriding many domestic political concerns, or more across the board the much stronger impact of European policy concerns on Danish voters' behaviour than on that of the Dutch or the Luxembourgish).

These observations imply that our central focus of research should be directed to the circumstances that give rise to *variation* in the relative importance of European vs. national policy concerns. In other words, *what conditions* allow such European concerns to become prominent and consequential to the behaviour of voters, parties and other actors involved in the electoral process? Answers to this question are of direct relevance for improving the processes of representation and control that, although not entirely absent, were found to be still far from ideal from a democratic point of view. Of all the factors that may impinge on the prominence of European policy concerns, we will focus primarily on political conditions. On the one hand political conditions vary widely across the member states of the European Union, and, such variation is essential for explaining variations in prominence of European policy concerns. More substantively, we may expect that politicians', voters', and media orientations to these policies are mostly a product of political conditions and processes. These conditions and processes include in any case the following:

- a) the structure of competition and collaboration between political parties, and between parties and other major political actors such as organised social and economic interests, and media at the national level. These structures vary between member states owing to such differences as one-party versus coalition government, different degrees of corporatist arrangements of interest mediation, etc.
- b) the institutional and procedural arrangements for oversight and control between parliament and government that exist in the member states of the EU. These arrangements vary in a number of ways, from situations where national governments get for all practical purposes a free reign from

their national parliaments, to others where national governments can only operate on the basis of strictly formulated mandates.

- c) the institutional arrangements by which national and European actors collectively determine European policy making. These procedures (unanimity, consultation, co-determination) apply to different policy areas and reflect differences in the relative weight of national and transnational actors, and of Council and European Parliament.
  
- d) the place of European elections in between national parliamentary or presidential elections. Earlier research established a complex interaction in which, on the one hand, the salience of the European electoral contest increases the closer it is to a approaching national election, while at the same time the advent of such first-order elections raises the prominences of national political concerns at the expense of European ones. In each of the member states the 5-year rhythm of European elections produces a unique pattern of interactions with national elections that is often not even the same from one European election to the next.

All these elements of political contexts combine into different sets of positive and negative incentives for actors to attribute prominence to issues of European policy making.

### **III. Study Design**

To study the processes sketched above, we propose to empirically concentrate on how issues that are subject to European level policy making are represented in the considerations of parties, of voters and of media during and as a consequence of the campaigns for the elections to the EP. Three dimensions will be distinguished in this respect. First of all, we will consider the content of an issue: what is it about, and what should be done about it. Secondly, we will look into which governmental authorities deal with the issue at hand, or should do so; in particular we will focus on the respective competencies for national and European policy making actors and institutions. We will refer to these two aspect in combination as the way in which an issue or policy concern has been *framed*. Finally, the way in which issues are represented in voters', politicians' or media orientations can be characterised by their *salience*: how important they are in relation to other policy concerns.

We can conceptualise the daily process of routine politics, and even more so the electoral process as a process of competition for prominence, i.e., for framing (who's frames prevail) and salience (who's agenda is accepted). EU policies may or may not become prominent in campaigns; to the extent that they actually do become so, they may be framed in different terms and discourses by different actors.

These questions necessitate a particular design for the European Election Studies 1999 which identifies the competing actors and the issues or policy concerns to be studied.

### ***The major actors***

The major actors that we plan to investigate are:

- a) the *political parties*. In view of the fact that European elections are contested by national political parties, we cannot only look at the parties that in their European Parliament manifestation, but also at the parties in their national role. The implication is that we have to take into account the entire gamut of intra-party competitive relations that exist between MEPs, MNPs, cabinet members, etc. The major means of competition of parties (and their various members, factions and subgroups) consist of their manifestos, their public pledges and communications to media, special publics and voters in general, and their legislative activities. From these, prominence of EU policy concerns will be derived, both in terms of salience and framing, from analyses of the content of election programmes, campaign communications, and contributions to the public debate. In addition, parties' legislative behaviour in the European Parliament will be studied.
- b) *the media*. The major media actors in the electoral process are the television news- and commentary channels, and the daily newspapers. In all European countries radio is found to be only of minor importance. The fragmentation of modern media landscapes makes it illusory to conduct all-encompassing studies of television and newspaper content. In view of the demonstrated overwhelming importance of television in terms of parties' campaign strategies and audience exposure, we will focus primarily on televised newscasts. This will be done by a content analysis that established the salience and framing of EU policy concerns in the major TV

news channels of each member country.

- c) *the voters* adjudicate between the rivalling claims for support from the political parties. Of special interest for our study are the orientations towards EU policies that voters have, partially as a consequence of their exposure to the campaign. These orientations contain elements of salience (how important are they) as well as of framing (e.g., should national or European actors or agencies deal with it), both of which will be probed. The behavioural consequences of these orientations can only be established in comparison with orientations towards domestic policies.

### ***What are the policy concerns to be studied?***

Although not uniformly so, the prominence of EU policy concerns must be expected to be generally low in 1999, just as they were in previous European election campaigns. Therefore, it does not suffice to concentrate on the most important and salient issues in the campaigns for the European elections as that might risk no European policy concerns to be represented at all. On the other hand, it does not make sense to focus exclusively on areas of European policy making when we can expect these to be of secondary importance. We will select issues on the basis of a mixed strategy: some issues will be selected on the basis of their importance in the EU domain, as can be derived from the EP agenda and the manifestos of the European Union level parties. Other issues will be selected on the basis of their prominence in the domestic political arenas of the member states, as can be derived from expert judgements of public opinion and party behaviour.

Logistically, the EES 1999 will be organised as a series of modules that are linked together by the core questions and concepts discussed above, but can be conducted as separate endeavours.

### ***The modules of the EES 1999***

#### *The study of party manifestos*

Party manifestos will be investigated as an element of the study of parties. This module will build upon the accumulated experience of the ECPR Manifesto Research Group by employing its coding schemes (thus enabling comparison with national manifestos). This coding scheme operationalises

salience of policy areas by the relative amount of space devoted to them in manifestos. In order to capture framing, the coding scheme will be adapted to reflect information on competency (national vs. European actors) and opposition-taking of parties (by rating manifestos on a number of dimensions such as pro-anti European integration, left-right etc.).

### *The study of party campaigns*

To find out what messages parties attempt(ed) to get across, and parties' perceptions of the dynamics of the campaign, a post-election questionnaire will be sent to campaign leaders. This information is particularly relevant in relation to that of the media module (see below). Comparative analyses of both sets of data will establish the respective roles of parties and media in shaping the prominence of EU policy concerns in the campaign.

### *The study of media contents*

The focus of this module is again twofold. First, it is to establish the importance in the news (the salience) of EU policy concerns as compared to other policy orientations. Second, it will determine how TV news is framed in terms of both policy content and attributed competency between national and European political actors. In view of alleged differences in these respects between private and public broadcasting channels, the contents of newscasts of the most important of each - if any - will be studied in each country. The module plans to cover as many member states of the Community as possible; at this stage of planning (March 1998), it is already certain that the necessary local support can be obtained for studies of Ireland, Spain, France, England, Germany, and the Netherlands.

### *The study of voters*

Measures of salience and framing of issues will again be of central importance and thus occupy an important part of the questionnaires to be administered to representative samples of voters in each of the member states of the European Union. Apart from issue content the surveys must include measures of electoral behaviour, additional political orientations for sufficiently specifying explanatory models of this behaviour such as left-right, government evaluation, etc. Moreover, measures of media exposure will be included in order to link the voter study to media module and, via this route, to the

manifesto and party campaign modules. Finally, in view of the importance of the competitive relations between parties and politicians for the prominence EU policy concerns attain, the study will provide information on voters views of these relations.

### *The study of MEPs and their legislative behaviour*

In the framework of the EES 1999, the study of MEPs is crucial for reconstructing the processes by which intra-party competition results in parties' orientations towards EU policies and in their preferences about the division of competencies between national and European political actors. Saliency and framing are again the key concepts guiding the research of these processes. In addition, the MEP study will serve to monitor whatever changes in representative functions of European elections have transpired since 1994. This module will consist of two components, one focusing on actual behaviour as manifested by roll-calls and other legislative activities, the second on their opinions, motivations and perceptions as derived from a survey by questionnaire. The first of these two parts will help to identify important areas of EU policy making that will be compared with the content of party campaigns, the contents of media, and the orientations of voters. The questionnaires will help to reconstruct the conditions under which MEPs are more respectively less successful in determining the framing and saliency of EU policy concerns in their parties' agenda and campaigns.



### **9.3. The Coding Scheme of the Comparative Manifestos Project<sup>35</sup>**

#### **DOMAIN 1: External Relations**

##### **101 Foreign Special Relationships: Positive**

Favourable mentions of particular countries with which the manifesto country has a special relationship. For example, in the British case: former colonies; in the German case: East Germany; in the Swedish case: the rest of Scandinavia; the need for co-operation with and/or aid to such countries.

Note: This is a country-specific category. Therefore, the countries with which the manifesto country has a special relationship have to be defined by the coder.

##### **102 Foreign Special Relationships: Negative**

Negative mentions of particular countries with which the manifesto country has a special relationship; otherwise as 101, but negative.

Note: Use the same countries for categories 101 and 102, even if a particular party may make only positive or negative references to a specific country.

##### **103 Anti-Imperialism**

Negative references to exerting strong influence (political, military or commercial) over other states; negative references to controlling other countries as if they were part of an empire; favourable mentions of decolonization; favourable references to greater self-government and independence for colonies; negative references to the imperial behaviour of the manifesto and/or other countries.

##### **104 Military: Positive**

Need to maintain or increase military expenditure; modernizing armed forces and improvement in military strength; rearmament and self-defence; need to keep military treaty obligations; need to secure adequate manpower in the military.

##### **105 Military: Negative**

Favourable mentions of decreasing military expenditures; disarmament; "evils of war"; promises to reduce conscription, otherwise as 104, but negative.

---

<sup>35</sup> Volkens, Andrea (1992): Full Standard Coding Frame. Content Analysis of Party Programmes in Comparative Perspective: Handbook and Coding Instructions (in cooperation with Derek Hearl). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Technische Berichte III/2 92-1-1.

## **106 Peace**

Peace as a general goal; declarations of belief in peace and peaceful means of solving crises; desirability of countries joining in negotiations with hostile countries.

## **107 Internationalism: Positive**

Need for international cooperation; cooperation with specific countries other than those coded in 101; need for aid to developing countries; need for world planning of resources; need for international courts; support for any international goal or world state; support for UN.

## **108 European Community: Positive**

Favourable mentions of European Community in general; desirability of expanding the European Community and/or of increasing its competence; desirability of the manifesto country joining (or remaining a member).

## **109 Internationalism: Negative**

Favourable mentions of national independence and sovereignty as opposed to Internationalism; otherwise see as 107, but negative.

## **110 European Community: Negative**

Hostile mentions of the European Community; opposition to specific European policies which are preferred by European authorities; otherwise as 108, but negative.

## **DOMAIN 2: Freedom and Democracy**

### **201 Freedom and Human Rights**

Favourable mentions of importance of personal freedom and civil rights; freedom from bureaucratic control; freedom of speech; freedom from coercion in political and economic sphere; individualism in the manifesto country and in other countries.

### **202 Democracy**

Favourable mentions of democracy as a method or goal in national and other organizations; involvement of all citizens in decision-making, as well as generalized support for the manifesto country's democracy.

### **203 Constitutionalism: Positive**

Support for specified aspects of constitution; use of constitutionalism as an argument for policy as well as general approval of the constitutional way of doing things.

### **204 Constitutionalism: Negative**

Opposition to the constitution in general or to specified aspects of it; otherwise as 203, but negative.

## **DOMAIN 3: Political System**

### **301 Decentralization: Positive**

Support for federalism or devolution; more regional autonomy for policy or economy; support for keeping up local and regional customs and symbols; favourable mentions of special consideration for local areas; deference to local expertise.

### **302 Decentralization: Negative**

Opposition to political decision-making at lower political levels; support for more centralization in political and administrative procedures; otherwise as 301, but negative.

### **303 Governmental and Administrative Efficiency**

Need for efficiency and economy in government and administration; cutting down civil service; improving governmental procedures; general appeal to make the process of government and administration cheaper and more effective.

### **304 Political Corruption**

Need to eliminate corruption, and associated abuse, in political and public life.

### **305 Political Authority**

Favourable mentions of strong government, including government stability; manifesto party's competence to govern and/or other party's lack of such competence.

## **DOMAIN 4: Economy**

### **401 Free Enterprise**

Favourable mentions of free enterprise capitalism; superiority of individual enterprise over state and control systems; favourable mentions of private property rights, personal enterprise and initiative; need for unhampered individual enterprises.

### **402 Incentives**

Need for wage and tax policies to induce enterprise; encouragement to start enterprises; need for financial and other incentives.

### **403 Market Regulation**

Need for regulations designed to make private enterprises work better; actions against monopolies and trusts, and in defence of consumer and small business; encouraging economic competition; social market economy

### **404 Economic Planning**

Favourable mentions of long-standing economic planning of a consultative or indicative nature, need for government to create such a plan.

### **405 Corporatism**

Favourable mentions of the need for the collaboration of employers and trade union organizations in overall economic planning and direction through the medium of tripartite bodies of government, employers, and trade unions.

### **406 Protectionism: Positive**

Favourable mentions of extension or maintenance of tariffs to protect internal markets; other domestic economic protectionism such as quota restrictions.

### **407 Protectionism: Negative**

Support for the concept of free trade; otherwise as 406, but negative.

### **408 Economic Goals**

Statements of intent to pursue any economic goals not covered by other category in domain 4. Note: This category is created to catch an overall interest of parties in economics and, therefore, covers a variety of economic goals.

#### **409 Keynesian Demand Management**

Demand-oriented economic policy; economic policy devoted to the reduction of depression and/or to increase private demand through increasing public demand and/or through increasing social expenditures.

#### **410 Productivity**

Need to encourage or facilitate greater production; need to take measures to aid this; appeal for greater production and importance of productivity to the economy; the paradigm of growth.

#### **411 Technology and Infrastructure**

Importance of modernization of industry and methods of transport and communication; importance of science and technological developments in industry; need for training and research.

Note: This does not imply education in general (see category 506).

#### **412 Controlled Economy**

General need for direct government control of economy; control over prices, wages, rents, etc.

#### **413 Nationalization**

Government ownership, partial or complete, including government ownership of land.

#### **414 Economic Orthodoxy**

Need for traditional economic orthodoxy; e.g. reduction of budget deficits, retrenchment in crisis, thrift and savings; support for traditional economic institutions such as stock market and banking system; support for strong currency.

#### **415 Marxist Analysis (new category, already used for Norway)**

Positive references (typically but not necessary by communist parties) to the specific use of marxist-leninist terminology and analysis of situations which are otherwise uncodable. Note: This category is introduced to catch the platform content of parties in the East European countries.

#### **416 Anti-Growth Economy (new category)**

Favourable mentions of anti-growth politics and steady state economy; ecologism; "Green politics"  
Note: This category is created to catch the platform content of "New Politics" parties. In some of the manifesto countries, some platforms have to be partially recoded.

## **DOMAIN 5: Welfare and Quality of Life**

### **501 Environmental Protection**

Preservation of countryside, forests, etc.; general preservation of natural resources against selfish interests; proper use of national parks; soil banks, etc; environmental improvement.

### **502 Culture**

Need to provide cultural and leisure facilities, including arts and sport; need to spend money on museums, art galleries etc.; need to encourage worthwhile leisure activities and cultural mass media.

### **503 Social Justice**

Concept of equality; need for fair treatment of all people; special protection for underprivileged; need for fair distribution of resources; removal of class barriers; end of discrimination such as racial, sexual, etc.

### **504 Welfare State Expansion**

Favourable mentions of need to introduce, maintain or expand any social service or social security scheme; support for social services such as health service or social housing. Note: This category excludes education.

### **505 Welfare State Limitation**

Limiting expenditure on social services or social security; otherwise as 504, but negative.

### **506 Education Expansion**

Need to expand and/or improve educational provision at all levels. Note: This excludes technical training which is coded under 411.

### **507 Education Limitation**

Limiting expenditure on education; otherwise as 506, but negative.



## **DOMAIN 6: Fabric of Society**

### **601 National Way of Life: Positive**

Appeals to patriotism and/or nationalism; suspension of some freedoms in order to protect the state against subversion; support for established national ideas.

### **602 National Way of Life: Negative**

Against patriotism and/or nationalism; opposition to the existing national state; otherwise as 601, but negative.

### **603 Traditional Morality: Positive**

Favourable mentions of traditional moral values; prohibition, censorship and suppression of immorality and unseemly behaviour; maintenance and stability of family; religion.

### **604 Traditional Morality: Negative**

Opposition to traditional moral values; support for divorce, abortion etc.; otherwise as 603, but negative.

### **605 Law and Order**

Enforcement of all laws; actions against crime; support and resources for police; tougher attitudes in courts.

### **606 Social Harmony**

Appeal for national effort and solidarity; need for society to see itself as united; appeal for public spiritedness; decrying anti-social attitudes in times of crisis; support for the public interest.

### **607 Multiculturalism: Positive**

Cultural diversity, communalism, cultural plurality and pillarization; preservation of autonomy of religious, linguistic heritages within the country, including special educational provisions.

### **608 Multiculturalism: Negative**

Enforcement or encouragement of cultural integration; otherwise as 607, but negative.



## **DOMAIN 7: Social Groups**

### **701 Labour Groups**

Favourable references to labour groups, working class, unemployed; support for trade unions; good treatment of manual and other employees.

### **702 Labour Groups: Negative**

Abuse of power of trade unions; otherwise as 701, but negative.

### **703 Agriculture and Farmers**

Support for agriculture and farmers; any policy aimed specifically at benefiting them.

### **704 Middle Class and Professional Groups**

Favourable references to middle class, professional groups, such as physicians or lawyers; old and new middle class.

### **705 Underprivileged Minority Groups**

Favourable references to underprivileged minorities who are defined neither in economic nor in demographic terms, e.g. the handicapped, homosexuals, immigrants, etc.

### **706 Non-economic Demographic Groups**

Favourable mentions of, or need for, assistance to women, old people, young people; linguistic groups etc.; special interest groups of all kinds.

#### 9.4. English Master Questionnaire EES'99 — Voter Study

1a. (EES89 & EES94 modified) What do you think are the most important problems facing <Britain>? Any other important problems? [INT: note as many problems as R mentions. If R starts telling stories, ask to summarize in one or two words.]

---

---

---

98 dk                      GO TO 2  
99 na                      GO TO 2

1b. *If more than one problem mentioned:* Of those you have mentioned what would you say is the single most important problem?

---

98 dk                      GO TO 2  
99 na                      GO TO 2

1c. Which political party do you think is most likely to do what you want to be done on <the most important problem>? [PARTY LIST B]

- 1 party A
- 2 party B
- ...
- 10 other party
- 11 none of the parties
- 98 dk
- 99 na

1d. (EES94) As of today, is <the most important issue> mainly dealt with by regional, national, or European political authorities?

- 1 regional
- 2 national
- 3 European
- 8 dk
- 9 na

1e. (EES94) And who do you think would be most appropriate to deal with <the most important issue>: regional, national, or European political authorities?

- 1 regional
- 2 national
- 3 European
- 8 dk
- 9 na

2. (Normally,) How many days of the week do you watch the news on television?

- 0
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8 dk
- 9 na

3. Which channels or television news programmes do you watch regularly? [open, precoded answering categories] code all responses

- 1 BBC 9 o clock news
- 2 BBC 6 o clock (early evening) news
- 3 BBC lunchtime news
- 4 ITN 6.30 news (ITV's main evening news programme)
- 5 ITN 11.00 pm news (late news headlines)
- 6 ITN lunchtime news
- 7 Channel Four News at 7pm
- 8 Channel Five News (anytime)
- 9 BBC2's Newsnight (daily programme at 10.30pm)
- 10 SKY News (anytime)
- 11 Local news
- 12 Other
- 98 dk
- 99 na

4. (Normally,) How many days of the week do you read a newspaper?

- 0
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6

- 7
- 8 *dk*
- 9 *na*

5. Which newspaper or newspapers do you read regularly? [open, precoded answering categories] code all responses

- 1 *Telegraph*
- 2 *Times*
- 3 *Guardian*
- 4 *Financial Times*
- 5 *Independent*
- 6 *Mail*
- 7 *Express*
- 8 *Sun*
- 9 *Mirror*
- 10 *Star*
- 11 *local newspaper*
- 12 *other*
- 98 *dk*
- 99 *na*

6. How much attention do you pay to news about politics? A lot, some, a little, or none?

- 1 *a lot*
- 2 *some*
- 3 *a little*
- 4 *none*
- 8 *dk*
- 9 *na*

7. How much attention do you pay to news about the economy?

- 1 *a lot*
- 2 *some*
- 3 *a little*
- 4 *none*
- 8 *dk*
- 9 *na*

8. How much attention do you pay to news about social problems, such as education, health care, etc. ?

- 1 *a lot*
- 2 *some*
- 3 *a little*
- 4 *none*
- 8 *dk*
- 9 *na*

9. How much attention do you pay to news about Europe?

- 1 a lot
- 2 some
- 3 a little
- 4 none
- 8 dk
- 9 na

10. (EES89 & EES94 somewhat modified) A lot of people abstained in the European Parliament elections of June XX [ADAPT IF WORKDAY VOTING] while others voted. Did you cast your vote?

- 1 yes, voted
- 2 no, did not vote
- 8 dk
- 9 na

11. (EES89 & EES94) Which party did you vote for? [PREPARE PARTY LIST A]

- 1 party A
- 2 party B
- ...
- 9 other party
- 10 did vote blank or nil
- 98 dk
- 99 na

12. Do you happen to know which party gained the most votes here in <Britain> in these past European Parliament elections?

- 1 party A
- 2 party B
- ...
- 97 other party
- 98 dk
- 99 na

13. (EES() & EES94-modified answering scale) How often did you do any of the following during the three or four weeks before the European election? How often did you:

13a. watch a program about the election on television? Often, sometimes, or never?

- 1 often
- 2 sometimes
- 3 never
- 8 dk
- 9 na

13b. read a newspaper report about the election?

- 1 often
- 2 sometimes
- 3 never

8 dk

9 na

13c. talk to friends or family about the election?

1 often

2 sometimes

3 never

8 dk

9 na

13d. attend a public meeting or rally about the election?

1 often

2 sometimes

3 never

8 dk

9 na

13e. look into a website concerned with the election?

1 often

2 sometimes

3 never

8 dk

9 na

14. (EES89) Thinking back to just before the elections for the European Parliament were held, how interested were you in the campaign for those elections: very, somewhat, a little, or not at all?

1 very

2 somewhat

3 a little

4 not at all

8 dk

9 na

15. (EES89) Some say all <British> members of the European Parliament should co-operate closely - regardless of their party affiliation. Others say the <British> members of the European Parliament should seek close co-operation with other Members of Parliament of similar political orientations - regardless of their country of origin. Which of the two statements is closer to your views?

1 all of the same country should co-operate

2 all of similar orientations should co-operate

8 dk

9 na

16. (EES89 & EES94) If there were <elections to the House of Commons> tomorrow, which party would you vote for?# [PREPARE PARTY LIST B]

1 party A  
2 party B  
...  
9 other party  
10 would vote blank or nil  
11 would not vote  
98 dk  
99 na  
# vote= first preference vote in Ireland.

17. (EES89 & EES94) Which party did you vote for at the <elections to the House of Commons> of [year of last elections to the House of Commons]?# [PARTY LIST B]

1 party A  
2 party B  
...  
9 other party  
10 did vote blank or nil  
11 did not vote  
98 dk  
99 na

# if General Elections were held concurrently with European Elections, concurrent GE are meant; vote = first preference vote in Ireland.

18a. (EES89 & EES94) We have a number of parties in <Britain> each of which would like to get your vote. How probable is it that you will ever vote for the following parties? Please specify your views on a 10-point-scale where 1 means "not at all probable" and 10 means "very probable". If you think of the Labour Party: what mark out of ten best describes how probable it is that you will ever vote for the Labour Party?

1 not at all probable  
2  
...  
9  
10 very probable  
98 dk  
99 na

18b. And the Conservative Party: what mark out of ten best describes how probable it is that you will ever vote for the Conservative Party?

1 not at all probable  
2  
...  
9  
10 very probable  
98 dk  
99 na

18c. The Liberal Democrats?

1 not at all probable

2

...

9

10 very probable

98 dk

99 na

18d. The Greens?

1 not at all probable

2

...

9

10 very probable

98 dk

99 na

18e. The British National Party?

1 not at all probable

2

...

9

10 very probable

98 dk

99 na

18f. The SNP, the Scottish Nationalist Party in Scotland?

1 not at all probable

2

...

9

10 very probable

98 dk

99 na

18g. Plaid Cymru, the Welsh Nationalist Party in Wales?

1 not at all probable

2

...

9

10 very probable

98 dk

99 na



19a. We would like to ask you about a number of topics that are often discussed such as European integration, immigration, the economy, unemployment or the environment. Thinking of European integration, is this compared to other important topics in <Britain> a topic of great importance, some importance, little importance or no importance at all?

- 1 great importance
- 2 some importance
- 3 little importance
- 4 no importance at all
- 8 dk
- 9 na

19b. And thinking of immigration, is that compared to other important topics <in Britain> of great importance, some importance, little importance or no importance at all?

- 1 great importance
- 2 some importance
- 3 little importance
- 4 no importance at all
- 8 dk
- 9 na

19c. How about the <British> economy?

- 1 great importance
- 2 some importance
- 3 little importance
- 4 no importance at all
- 8 dk
- 9 na

19d. And, finally, thinking of the environment, compared to other important topics in <Britain> is this a topic of .... ?

- 1 great importance
- 2 some importance
- 3 little importance
- 4 no importance at all
- 8 dk
- 9 na

20a. Coming back to European integration, whose job is it primarily to deal with the question of European integration: is it primarily the job of the <British government>, of the European Union, of some other branch of government,\* or is it not a job for government at all?

- 1 the <British government>
- 2 the European Union
- 3 other government branch
- 4 not a job for government
- 8 dk
- 9 na

[\* such as government agencies at other levels, administrative authorities, or the like.]

20b. Whose job is it primarily to deal with the question of immigration?

- 1 the <British government>
- 2 the European Union
- 3 other government branch
- 4 not a job for government
- 8 dk
- 9 na

20c. The <British> economy? Whose job is it?

- 1 the <British government>
- 2 the European Union
- 3 other government branch
- 4 not a job for government
- 8 dk
- 9 na

20d. And the environment?

- 1 the <British government>
- 2 the European Union
- 3 other government branch
- 4 not a job for government
- 8 dk
- 9 na

21a. Coming back once again to European integration, how satisfied or dissatisfied are you with the current policy in <Britain>? Are you very satisfied, somewhat satisfied, somewhat dissatisfied or very dissatisfied ?

- 1 very satisfied
- 2 somewhat satisfied
- 3 somewhat dissatisfied
- 4 very dissatisfied
- 8 dk
- 9 na

21b. And how about immigration, how satisfied or dissatisfied are you with the current policy in <Britain>? Are you very satisfied, somewhat satisfied, somewhat dissatisfied or very dissatisfied?

- 1 very satisfied
- 2 somewhat satisfied
- 3 somewhat dissatisfied
- 4 very dissatisfied
- 8 dk
- 9 na

21c. How about the state of the <British> economy?

- 1 very satisfied
- 2 somewhat satisfied
- 3 somewhat dissatisfied
- 4 very dissatisfied
- 8 dk
- 9 na

21d. The environment?

- 1 very satisfied

- 2 somewhat satisfied
- 3 somewhat dissatisfied
- 4 very dissatisfied
- 8 dk
- 9 na

22. (EES89 & EES94) In political matters people talk of "the left" and "the right". What is your position? Please indicate your views using any number on a 10-point-scale. On this scale, where 1 means "left" and 10 means "right," which number best describes your position?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 97 refused
- 98 dk
- 99 na

22a. And about where would you place the following parties on this scale? How about party A?  
[PARTY LIST C]

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22b. party B?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22c. party C?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22d. party D?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22e. party E?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22f. party F?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

22g. party G?

- 1 left
- 2
- ...
- 9
- 10 right
- 98 dk
- 99 na

23. (EES89 & EES94) Generally speaking, do you think that <Britain's> membership of the European Union is a good thing, a bad thing, or neither good nor bad?

- 1 good thing
- 2 bad thing
- 3 neither
- 8 dk
- 9 na

24. (old EBs) Are you, personally, prepared or not to make some personal sacrifice, for example paying a little more taxes, to help another country in the EU experiencing economic difficulties?

- 1 yes

- 2 no
- 8 dk
- 9 na

25. Some say European unification should be pushed further. Others say it already has gone too far. What is your opinion? Please indicate your views using a 10-point-scale. On this scale, 1 means unification 'has already gone too far' and 10 means it 'should be pushed further'. What number on this scale best describes your position?

- 1 unification has already gone too far
  - 2
  - ...
  - 9
  - 10 unification should be pushed further
  - 98 dk
  - 99 na
- 99 na

25a. And about where would you place the views of the following parties on this scale? How about party A? [PARTY LIST C]

- 1 unification has already gone too far
- 2
- ...
- 9
- 10 unification should be pushed further
- 98 dk
- 99 na

25b. And where would you place party B on this scale?

- 1 unification has already gone too far
- 2
- ...
- 9
- 10 unification should be pushed further
- 98 dk
- 99 na

25c. Party C?

- 1 unification has already gone too far
- 2
- ...
- 9
- 10 unification should be pushed further
- 98 dk
- 99 na

25d. Party D?

1 unification has already gone too far  
2  
...  
9  
10 unification should be pushed further  
98 dk  
99 na

25e. Party E?

1 unification has already gone too far  
2  
...  
9  
10 unification should be pushed further  
98 dk  
99 na

25f . Party F?

1 unification has already gone too far  
2  
...  
9  
10 unification should be pushed further  
98 dk  
99 na

25g. Party G?

1 unification has already gone too far  
2  
...  
9  
10 unification should be pushed further  
98 dk  
99 na

26. (EES89) Let us now come back to <Britain>. Do you approve or disapprove the government's record to date?

1 approve  
2 disapprove  
8 dk  
9 na

27. (EES89 & EES94) To what extent would you say you are interested in politics? Very, somewhat, a little, or not at all?

1 very  
2 somewhat  
3 a little

- 4 not at all
- 8 dk
- 9 na

28a. (EES89 & EES94) On the whole are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in <Britain>?

- 1 very satisfied
- 2 fairly satisfied
- 3 not very satisfied
- 4 not at all satisfied
- 0 dk/na

28b. (EES89 & EES94) All in all again, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in the European Union?

- 1 very satisfied
- 2 fairly satisfied
- 3 not very satisfied
- 4 not at all satisfied
- 0 dk/na

29. (early EBs adapted) Do you think you are sufficiently well informed or not sufficiently well informed about the politics of the European Union?

- 1 sufficiently well informed
- 2 not sufficiently well informed
- 8 dk
- 9 na

30. I will read you a few statements that are often made. Could you say whether you strongly agree, agree, disagree or strongly disagree with the following statements?

30a. Sometimes politics is so complicated that someone like me just cannot understand what is going on.

- 1 strongly agree
- 2 agree
- 3 disagree
- 4 strongly disagree
- 8 dk
- 9 na

30b. Parties and politicians in <Britain> are more concerned with fighting each other than with furthering the common interest.

- 1 strongly agree
- 2 agree
- 3 disagree
- 4 strongly disagree
- 8 dk
- 9 na



30c. So many people vote in elections that my vote does not matter.

- 1 strongly agree
- 2 agree
- 3 disagree
- 4 strongly disagree
- 8 dk
- 9 na

30d. Most of the parties in <Britain> are so much alike that it does not make much of a difference which one is in government.

- 1 strongly agree
- 2 agree
- 3 disagree
- 4 strongly disagree
- 8 dk
- 9 na

31a. (EES89 & EES94) Do you consider yourself to be close to any particular party?

- 1 party A
- 2 party B
- ...
- 10 other party
- 11 no GO TO Q 34
- 97 refused GO TO Q 34
- 98 dk GO TO Q 34
- 99 na GO TO Q 34

31b. (EES89 & EES94) Do you feel yourself to be very close to this party, fairly close, or merely a sympathiser?

- 1 very close
- 2 fairly close
- 3 merely a sympathiser
- 8 dk
- 9 na

D1. Are you yourself a member of a trade union or is anyone else in your household a member of a trade union?

- 1 yes, I am
- 2 yes, someone else is
- 3 yes both (1) and (2)
- 2 no
- 8 dk
- 9 na

D2. How old were you when you stopped full-time education?

xy [age in years]

98 dk

99 na

D3. Respondent is ... [to be filled in by interviewer]

1 male

2 female

8 dk

9 na

D4. What year were you born?

ENTER YEAR

98 dk

99 na

D5. How many people live in your household including yourself, who are 18 years of age or older?

1

2

3

4

5

6

7

8

9 and more

98 dk

99 na

D6. What is your current work situation? Are you:

1 employed

2 in school

3 working in the household

4 retired

5 unemployed

6 other

99 na

D7. If you were asked to chose one of these five names for your social class, which would you say you belong to - the working class, the lower middle class, the middle class, the upper middle class or the upper class?

1 working class

2 lower middle class

3 middle class

4 upper middle class

5 upper class

- 6 other
- 7 refused to be classified
- 8 dk
- 9 na

D8. Would you say you live in a rural area or village, in a small or middle size town, or in a large town?

- 1 rural area or village
- 2 small or middle size town
- 3 large town
- 8 dk
- 9 na

D9. Do you consider yourself as belonging to a particular religion? (If yes:) Which one?

- 1 roman catholic
- 2 protestant
- 3 orthodox
- 4 jewish
- 5 muslim
- 6 buddhist
- 7 hindu
- 8 other
- 9 none
- 98 dk
- 99 na

D10. How often do you attend religious services: several times a week, once a week, a few times a year, once a year or less, or never?

- 1 several times a week
- 2 once a week
- 3 a few times a year
- 4 once a year or less
- 5 never
- 8 dk
- 9 na

D11. We also need some information about the income of this household to be able to analyse the survey results for different types of households. Please count the total wages and salaries per month of all members of this household; all pensions and social insurance benefits; child allowances and any other income like rents etc ... Of course your answer as all other replies in this survey will be treated confidentially and referring back to you or your household will be impossible. Can you please tell me, what about is the monthly income of your household?

- |        |                     |
|--------|---------------------|
| uvwxyz | [in British Pounds] |
| 999997 | refusal             |
| 999998 | dk                  |
| 999999 | na                  |



## **Anlage 9.5.**

# **The MEP Behaviour Study**

Project Leader: Dr. Simon Hix, London School of Economics and Political Science

### **Aim**

As discussed, the MEP study consists of two components, one on the legislative opinions and attitudes of MEPs, and the other on their voting behaviour in the legislative and executive processes of the European Parliament (EP). The central aim of the MEP behaviour study is to see if the patterns of MEP's opinion, their issue saliency and issue positions revealed at the attitudinal level are replicated at the behavioural level.

This project also aims to complete the link from parties' electoral promises, via voters' opinions and electoral choices, to political representatives' opinions and actions. A central issue in this study is the quality of democratic representation offered by European Parliament elections: specifically, the effectiveness of the connection from voters' preferences to political action by their agents.

### **Background to the Research**

In contrast to the study of the Commission and the Council of the EU, the study of political behaviour in the EP is less theoretically or empirically developed. The cohesion of the party groups has been researched through empirical studies of roll-call votes (e.g. Attinà 1990, 1992; Quanjel & Wolters 1993; Brzinski 1996; Raunio 1996; Hix & Lord 1997). These analysis have shown that EP party groups are increasingly cohesive in the adoption of legislation by the EP. However, will this still be true as the EP gains more power, as the EU enlargement leads to larger and more unwieldy party groups, and as EP votes make a difference to legislative outputs? Without grounding these studies in theoretical analysis, these questions cannot be answered with any certainty.

There have been several theoretical studies of some internal processes in the EP, such as the allocation of committee jurisdictions (Bowler & Farrell 1995), agenda-setting under the co-operation procedure (Tsebelis 1995), and the process of inter-group coalition formation (Laver 1997). Nevertheless, these theories tend to take the EP party groups or the national delegations as the units of analysis. We will only really begin to understand how the EP works, however, if we can build theories that start from individual MEPs - the basic actors in the EP, as in all national parliaments. Without understanding the incentives of, and constraints on, individual MEPs, we cannot

fully conceptualise the derivative processes of intra-group and inter-group interaction: which are the two central dynamics in all internal EP activity.

Theories of individual MEP behaviour are few and far between. In earlier work, Matthew Gabel and myself developed a formal model of MEP behaviour in the EP vote in July 1994 on the investiture of the Commission President (Gabel & Hix 1997). This project aims to build on this previous research, by contributing to the development of a general model of MEP behaviour in all roll-call votes in the EP.

### **Operationalisation**

The study will concentrate on all roll-call votes in the first year of the newly elected Parliament: between July 1999 and June 2000. These roll-call votes fall into two categories:

- *legislative votes* - on amendments and final resolutions/opinions and Directives, Regulations and other instruments of EU law, under the consultation, co-operation and co-decision legislative procedures; and
- *executive accountability votes* - on the investiture of the Commission President (in July 1999), the committee hearings and votes on the nominees for individual Commissioners (in September-October 1999), on the proposed College of Commissioners as a whole (in December 1999), on the EP resolution on the work programme of the new Commission (January 2000), and on any no-confidence resolutions on the Commission.

These roll-call votes are likely to constitute approximately 40% of all legislative votes and 100% of all votes relating to the selection and scrutiny of the executive (the Commission).

The results of these roll-call votes will be coded at an individual level: in other words, the vote of each individual MEP 'for', 'against' or 'abstain' will be recorded. The national delegation and EP party group affiliation of each individual MEP will also be recorded. In addition, and for the purpose of analysing the issue-saliency and issue-content of each roll-call, the following will also be recorded:

- the policy area of the subject of the vote;
- the content of the subject of the vote (e.g. left/right, or pro-/anti-integration);
- whether the vote is on a technical or substantive issue;
- the EP committee that proposed the amendment and/or opinion; and
- which national party delegations/EP party groups sponsored the amendment/opinion.

### **Analysis of the Data**

The data will be used to answer three main questions.

**1. What is the relationship between national party policy promises/individual voters' preferences/individual MEP policy preferences and political behaviour in the EP?** From the party manifestos module, the voters study and the MEP survey, the project will already have established the location of national parties' manifestos, individual voters and MEPs on a series of policy dimensions, such as the left-right and faster-/slower-integration. From this data we will be able to *posit* the expected positions of the individual MEPs, and the mean and median positions of each national party delegation in the EP and each EP party group (first, in terms of the location of the individual MEPs in each party group; and, second, in terms of the location of the national delegations in each group).

These hypothetical individual, national delegation and party group locations can then be tested against the empirical evidence in the roll-call votes. This will be done using the following technique:

- the designation of which roll-call votes best fit each issue dimension will be made through a deductive analysis of the nature of policy issues in the EU, and expert judgement about the individual amendments and issues before the EP;
- the 'issue location' of an individual MEP/a majority of a national delegation/a majority of a party group will be calculated by subtracting the number of times they vote 'against' an issue from the number of times they votes 'in favour' of an issue, as a proportion of all votes on the issue (note: sometimes a vote 'for' an amendment can be a vote 'against' an issue); and
- the correlation between the expected/deductive and posited/empirical locations of the MEPs, national delegations and party groups will be calculated using ordinary-least-squared (OSL) regression techniques.

**2. What is the dimensionality of the political space in the European Parliament and the shape of coalition-formation within this space?** The dimensionality of the political space in the EP will be calculated using two techniques:

- taking the structure of individual MEP behaviour in the roll-call votes as the unit of analysis, factor analysis will be used to establish which issue dimensions are related to each other;
- multi-dimensional scaling will be used to establish a two-dimensional picture of party competition in the EP, where the distance between each EP group (in a multi-dimensional space) is 100 minus the percentage of times the majority one group votes with the majority in another group.

**3. What is the impact of different national election rules and candidate selection procedures on MEP voting behaviour?** From the MEP survey, we will have information regarding which groups are most powerful in determining the selection of MEPs (such as 'national party leaders' or 'local party members'). This information produces the hypothesis that MEPs whose selection is more dependent upon national party leaderships are more likely to break from EP group positions. This can be tested using OLS regression techniques.

Together, the results will provide answers to the general issue of the quality of the 'electoral connection' in EU politics; in other words, of how effective European elections are at connecting parties' election promises, through

voters' intentions, to political behaviour in the legislative and legislative-executive processes of the EU. A good connection would imply the absence of the so-called democratic deficit.

### **Project Leader**

Simon Hix is a Lecturer in European Union Politics and Policy, in the Department of Government and European Institute, at the London School of Economics and Political Science. He has written extensively on the study of the EU using the theory and method of comparative politics and various aspects of party politics and political behaviour in the EP. He is co-author with Christopher Lord of *Political Parties in the European Union* (Macmillan, 1997). He has also worked as a political consultant on EU affairs in Brussels, London and Washington, and as a political analyst for the Party of European Socialists in the EP.

### **References**

Attinà, F. (1990) 'The Voting Behaviour of the European Parliament Members and the Problem of Europarties', *European Journal of Political Research* 18: 557-579.

Attinà, F. (1992) 'Parties, Party System and Democracy in the European Union', *The International Spectator* 27: 67-86.

Bowler S. & Farrell, D.M. (1995) 'The Organizing of the European Parliament: Committees, Specialization and Co-ordination', *British Journal of Political Science* 25: 219-243.

Brzinski, J. Bay (1996) 'Political Group Cohesion in the European Parliament', in C. Rhodes & S. Mazey (eds) *The State of the European Union, Vol. 3: Building a European Polity?* London: Longman.

Gabel, M. & Hix, S. (1997) 'The Ties that Bind: MEP Voting Behaviour and the Commission President Investiture Procedure', unpublished mimeo, London School of Economics and Political Science/University of Michigan, Ann Arbor.

Hix, S. & Lord, C. (1997) *Political Parties in the European Union*, London: Macmillan.

Laver, M.J. (1997) 'Government Formation in the European Parliament', *Aussenwirtschaft* 1997: 223-48.

Quanjel, M. & Wolters, M. (1993) 'Growing Cohesion in the European Parliament', paper presented at the annual joint sessions of workshops of the European Consortium for Political Research, 2-8 April 1993, Leiden.

Raunio, T. (1996) *Party Group Behaviour in the European Parliament: An Analysis of Trans-National Groups in the 1989-1994 Parliament*, Tampere: University of Tampere.

Tsebelis, G. (1994) 'The Power of the European Parliament as a Conditional Agenda Setter', *American Political Science Review* 88: 128-42.



## 9.6. Tabellarischer Lebenslauf des Antragstellers

<b>Name</b>	Hermann Franz Johann Schmitt
<b>Adresse</b>	Holunderstraße 13 in 68199 Mannheim
<b>Telefon</b>	0621.181.2881 oder 2876 (Büro) und 0621.861.219 (privat)
<b>Telefax</b>	0621.181.2880
<b>e-mail</b>	hermann.schmitt@mzes.uni-mannheim.de
<b>geboren</b>	am 2. November 1952
<b>Nationalität</b>	deutsch

### • Bildung und Ausbildung

<b>2001</b>	Habilitation ( <i>venia legendi</i> für das Fach Politikwissenschaft) an der FU Berlin
<b>1986</b>	Doktor der Sozialwissenschaften (Dr. sc. pol.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Duisburg
<b>1978</b>	<i>Staatsexamen</i> in Politischer Wissenschaft und Germanistik an der Universität Mannheim
<b>1972</b>	<i>Abitur</i> am Heinrich-Heine-Gymnasium in Kaiserslautern
<b>1958-1964</b>	<i>Volksschule</i> in Mußbach an der Weinstraße

### • Berufliche Stationen

<b>2000-01</b>	<i>Visiting Professor</i> am Institut d'Études Politiques in Paris, Frankreich
<b>1996-97</b>	<i>Visiting Professor</i> am Department of Political Science, University of Michigan, Ann Arbor, USA
<b>1994-98</b>	Leiter des <i>Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS)</i> , Universität Mannheim
<b>seit 1991</b>	Wiss. Angestellter am <i>Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung</i> , Universität Mannheim
<b>1987-90</b>	Projektleiter am <i>Europainstitut</i> der Universität Mannheim und Forschungsleiter des <i>Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS)</i>
<b>1982-86</b>	Dozent für sozialwissenschaftliche Methoden und Statistik, Universität Duisburg
<b>1978-81</b>	Forschungsassistent am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

## •Eingeworbene Mittel

- 1997**                    *3 Mio. DM* von der Europäischen Kommission aus dem *Training and Mobility of Researchers* - Programm für die Durchführung eines Forschungsnetzwerks über „Politische Repräsentation und Wahlverhalten in der Europäischen Union“
- 1994**                    *0,5 Mio. DM* von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Nachwahlumfrage im Rahmen der Europawahlstudie 1994 (zusammen mit F. U. Pappi)
- 1989**                    *0,2 Mio. DM* von einem Konsortium europäischer Massenmedien für zwei Vorwahlumfragen im Rahmen der Europawahlstudie 1989
- 1987-98**                *6,3 Mio. DM* für die Arbeiten am *Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS)*

## •Vorträge ( invited talks & papers), Leitung von Konferenzen

- 2000**
- Jahrestagung der Schweizer Vereinigung für Politische Wissenschaft, Balsthal (Vortrag über „Multiple Parteibindungen: Die Parteibindungen der Schweizerinnen und Schweizer im internationalen Vergleich“)
- Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Halle (Vortrag über „Politische Repräsentation in der Europäischen Union“)
- Jahreskonferenz der American Political Science Association, Washington D.C. (Vortrag über „Leader Effects on the Vote in Germany, 1961 – 1998“)
18. Weltkongreß für Politikwissenschaft der IPSA in Quebec, Kanada (Vortrag über „Multiple Party Identifications“)
- Tagung des Arbeitskreises Wahlen und politische Einstellungen der DVPW, Mannheim (Vortrag „Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf die Wahlentscheidung“)
- TMR Winterschool, Louvain la Neuve, Belgien (Vortrag über „Issue Voting and Political Representation“)
- 1999**
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB, Berlin (Vortrag über „Europawahlen und das Europäische Parlament“ auf der Autorenkonferenz WZB-Jahrbuch 2000 zur *Zukunft der Demokratie*)
- Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (Vortrag über „Die Deutsche Nationale Wahlstudie – mehr kollektive Aufgabe als aktuelle Realität“ anlässlich der Konferenz über *50 Jahre Wahlforschung in Deutschland*)
- Centro des Investigaciones Sociologicas, Madrid, Spanien (Vortrag über „ICORE – Structure, Functions, Membership“ auf der Gründungskonferenz der Spanischen Nationalen Wahlstudie)

Department of Political Science, McGill University, Montreal, Kanada  
(Konferenz über *The Growing Impact of Political Leaders on Vote Choice*)

The Commission on Democracy, Stockholm, Schweden (Vortrag über „Citizen Participation and the Architecture of European Institutions“ auf der Konferenz über *Citizen Participation in European Politics*)

Bibliotheca del Mulino, Bologna, Italien (Vortrag über „The German National Election Study“ anlässlich der *National Election Studies Conference*)

- 1998** APSA Konferenz in Boston, USA (Vortrag „The Design of the German National Election Study“ im Panel *The Design of National Election Studies*)
- 1997** Texas A & M University, College Station, Texas, USA (Vortrag über „Competitiveness and Cohesion of EU Parties“)
- University of Texas, Houston, Texas, USA (Vortrag über „The Eurobarometer Databases at ZEUS“)
- University of Kentucky, Lexington, Kentucky, USA („The European Representation Study“)
- University of Notre Dame, South Bend, Indiana, USA (Vortrag über „Political Representation in the European Union“)
- 1996** ISR, University of Michigan, Ann Arbor, Michigan, USA (Vortrag über „The European Representation Study“)
- Oslo Universitet, ECPR Joint Sessions of Workshops (Leiter des Workshops über „Voters, Issues, and the Media“, zusammen mit Peter Schrott)
- 1995** Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim (Vortrag über “Die Demographie der Eurobarometer-Umfragen” anlässlich eines Kolloquiums über die Harmonisierung der Demographie)
- 1994** ECPR Joint Sessions of Workshops in Madrid (Leiter des Workshops über „Democratic Representation and Legitimacy of Government in the EC“, zusammen mit Pilar del Castillo)
- Universidad Internacional Menendez Pelayo*, Barcelona (Vortrag über “The 1994 European Election – still second order?” auf einer internationalen Konferenz zur 1994er Europawahl)
- V Convegno Internazionale della *Societa Italiana di Studii Elettorale*, Pavia (Vortrag über “National Party Systems and the Policies of the European Union“)
- Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales*, Juan March Foundation, Madrid (Vortrag über “Political Representation in the European Union: the Role of Political Parties” auf der Konferenz über *Political Parties: Changing Roles in Contemporary Society*)
- 1993** IPSA workshop zu *Elections and Party Systems in Contemporary Democracies* in Tallinn (Vortrag über “Party Identification, Issue Competence and the Vote in the Netherlands, Italy and Germany”)

Hessischer Landtag, Wiesbaden (Vortrag über "Europa der Bürger – wie steht es mit der Akzeptanz der Betroffenen?" auf der Konferenz über *Europa - Ende des Föderalismus?*)

- 1992** Universidad de Educacion a Distancia (UNED), Madrid (Vortrag über "Party Attachment and Party Choice in the European Election of 1989" anlässlich der *Jornadas Internacionales sobre el Comportamiento Político y Electoral*)
- 1990** Universidad Complutense de Madrid, *Cursos de Verano* in El Escorial Almeria (Vortrag über "Voting and Non-Voting in the European Election of 1989")
- 1989** ECPR Joint Sessions of Workshops, in Paris (Leiter des Workshops über „Cross-national Electoral Research at the Occasion of the European Elections of 1989“, zusammen mit Renato Mannheimer)
- Annual Conference of the Political Studies Association of Ireland in Sligo (Vortrag über "The 1989 European Election Study")

#### • Forschungsgruppen

- 1998-** *Koordinator* des Forschungsnetzes *Political Representation and Party Choice in Europe*. Dieses von der Europäischen Kommission geförderte TMR-Forschungsnetz führt insgesamt 12 westeuropäische Institute zum Zwecke der Forschung und Nachwuchsförderung zusammen. Im einzelnen kooperieren in diesem Netz: CEVIPOF (verantwortlich: Colette Ysmal, Paris); CREST (verantwortlich: John Curtice, Glasgow); Institute for Social Research (verantwortlich: Bernt Aardal, Oslo); PIOP (verantwortlich: Anne-Marie Aish, Louvain); Trinity College (verantwortlich: Michael Marsh, Dublin); Universidad de Educacion a Distancia (verantwortlich: Pilar del Castillo, Madrid); Universität Amsterdam (verantwortlich: Cees van der Eijk, Amsterdam); Universität Genua (verantwortlich: Renato Mannheimer, Mailand); Universität Göteborg (verantwortlich: Sören Holmberg); Universität Twente (verantwortlich: Jacques Thomassen, Enschede); WZB (verantwortlich: Hans-Dieter Klingemann, Berlin); und das MZES (verantwortlich: Hermann Schmitt, Mannheim). Etwa 20 Stipendiaten und assoziierte junge Wissenschaftler aus 10 westeuropäischen Ländern arbeiten im Netz
- 1996-** *Koordinator* der *Vorbereitungsgruppe Deutsche Nationale Wahlstudie*. Weitere Mitglieder sind: Jürgen Falter (Mainz), Oscar Gabriel (Stuttgart), Wolfgang Jagodzinski (Köln), Matthias Jung (Mannheim), Max Kaase (Berlin), Hans-Dieter Klingemann (Berlin), Ekkehard Mochmann (Köln), Peter Mohler (Mannheim), Franz Urban Pappi (Mannheim), Hans Rattinger (Bamberg) und Bernhard Weßels (Berlin)
- 1993-** *Mitglied* des Planungsausschusses der *Comparative Study of Electoral Systems (CSES)*
- 1987-** *Koordinator* der Forschungsgruppe *European Elections Study (EES)*. Weitere Mitglieder sind: Pilar del Castillo, Madrid; Bruno Cautres, Grenoble; Roland Cayrol, Paris; Mark Franklin, Houston; Sören Holmberg, Göteborg; Renato Mannheimer, Mailand; Michael Marsh, Dublin; Karlheinz Reif, Brüssel; Jacques Thomassen, Enschede; Cees van der Eijk, Amsterdam; Bernhard Weßels, Berlin; Colette Ysmal, Paris
- 1989-1993** *Mitglied* des europäischen Forschungsprogrammes *Beliefs in Government (BIG)*
- 1984-1986** *Mitglied* der *Pfalz-Studie* zum Zusammenhang zwischen Parteiorganisation, Wahlkampf und Wahlerfolg
- 1983-1986** *Mitglied* der Forschungsgruppe *Political Mobilisation* des " *The Future of Party Government*" - Programmes am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz

- 1983-1985**      *Mitglied* der Forschungsgruppe *Politik in der Region* an der Universität Duisburg
- 1978-1981**      *Mitglied* der europäischen Forschungsgruppe *European Elections Study 1979* (EES79)
- 1975-1986**      *Mitglied* der Forschungsgruppe *Parteiensysteme in der EG* am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

• **Berufsvereinigungen**

*Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft*

*Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen*

*American Political Science Association*

*International Political Science Association*

*International Committee for Research into Elections and Representative Democracy (ICORE)*; Herausgeber der ICORE NEWS 1992-1997; Mitglied des Executive Committee seit 1996

*European Consortium for Political Research (ECPR)*; Official Representative für die Universität Mannheim seit 1992; Mitglied des Vorbereitungs-Komitees der Joint Sessions of Workshops an der Universität Mannheim 1999; Koordinator der Sektion „Wahlen und Parteienkonkurrenz“ der ECPR Konferenz 2001 (zusammen mit Cees van der Eijk)

• **Gutachter für**

ES	Electoral Studies
EJPR	European Journal of Political Research
EUP	European Union Politics
IJPOR	International Journal for Public Opinion Research
PVS	Politische Vierteljahresschrift

• **Lehre**

**Winter 2000/1**

„Voting, Representation, and Democracy in Europe.“ Doktorandenseminar am Institut d'Études Politiques de Paris, 6. November bis 23. Januar

**Sommer 2000**

Parties and Voters. Doktorandenseminar an der ECPR Summer School on European Parties and Party Systems, Universität Keele, 11.-22. September.

**Sommer 1999**

Cross-National Comparative Research Into Electoral Behavior and Political Representation. Postgraduate Seminar Taught at the Oslo Summer School in Comparative Social Science Studies, Faculty of Social Sciences, University of Oslo, August 9-13.

Das Parteiensystem der Bundesrepublik in vergleichender Perspektive. Proseminar an der Freien Universität Berlin

**Winter 1998/99**

Wahlforschung. Proseminar an der Freien Universität Berlin

**Winter 1997/98**

Repräsentation und Kommunikation. Seminaristische Veranstaltung im Hauptstudium (zusammen mit Andrea Römmele) an der Universität Mannheim

**Frühjahr 1997**

Political Party Systems and Elections in Europe. Postgraduate Seminar. University of Michigan, Ann Arbor, U.S.A.

Politics and Society in Modern Germany. Seminar for undergraduates. University of Michigan, Ann Arbor, U.S.A.

**Herbst 1996**

Political Party Systems and Elections in Europe. Seminar for undergraduates. University of Michigan, Ann Arbor, U.S.A.

**Winter 1995/96**

Issues, die Wähler und die Medien. Seminaristische Veranstaltung im Hauptstudium (zusammen mit Peter Schrott) an der Universität Mannheim (wie die folgenden Veranstaltungen)

**Sommer 1994**

Die Europawahl 1994. Proseminar

**Winter 1991/92**

Parteien und Wahlen in Skandinavien. Seminaristische Veranstaltung im Hauptstudium

**Winter 1990/91**

Parteienwettbewerb in Westeuropa. Seminaristische Veranstaltung im Hauptstudium

**Winter 1989/90**

Die Europawahl 1989: Theorie und Empirie der international-vergleichenden Analyse von Wahlverhalten. Seminaristische Veranstaltung im Hauptstudium

**Sommer 1989**

Die Europawahl 1989. Proseminar (mit Oskar Niedermayer)

**Winter 1988/89**

Die Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik. Proseminar

### **Sommer 1986**

Datenbeschaffung und -analyse I. Vorlesung (4 stdg.) an der Universität Duisburg (wie die folgenden Veranstaltungen)

Methodenlehre. Vorlesung und Übung (4 stdg.)

Methodische Probleme der Telefonumfrage. Seminar

Probleme und Perspektiven der Wahlforschung. Seminar

### **Winter 1985/86**

"Gibt es eine Mehrheit diesseits der Union?" (Einführung in die Politikwissenschaft, 4 stdg.)

Politische Soziologie. Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann und Heidrun Abromeit

### **Sommer 1985**

Parteien und politische Beteiligung; empirische Analysen. Seminar

Politische Soziologie. Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann und Leo Kißler

### **Winter 1984/85**

Regionale Politik - multivariate Analysen und Abschlußbericht. Lehrforschungsprojekt (4 stdg.)

Parteien und politische Beteiligung I. Seminar

Politische Soziologie Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann und Karlheinz Reif

### **Sommer 1984**

Datenbeschaffung und -analyse I. Vorlesung (4stdg.)

Methodenlehre. Vorlesung und Übung (4 stdg.)

Regionale Politik - Datenerhebung und erste Analysen. Lehrforschungsprojekt (4 stdg.)

Wahlsoziologie II. Empirische Analysen zur Bundestagswahl 1983. Seminar

Politische Soziologie. Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann und Peter Reichel

### **Winter 1983/84**

Datenbeschaffung und -analyse II. Vorlesung (4 stdg.)

Regionale Politik - Regionale Identität, politische Einstellungen und politisches Verhalten (Lehrforschungsprojekt, 4 stdg.)

Wahlsoziologie I. Seminar

Politische Soziologie. Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann

### **Sommer 1983**

SPSS: Statistical Package for Social Sciences. Blockvorlesung mit begleitender Übung

Datenbeschaffung und -analyse I. Vorlesung (4 stdg.)

Methodenlehre. Vorlesung und Übung (4 stdg.)  
Comparative Politics: Methodologische Fragestellungen. Seminar  
Klassiker der Parteiensoziologie II: Die Parteiensystem-Perspektive. Seminar  
Politische Soziologie. Diplomanden- und Doktoranden-Kolloquium mit Ulrich v. Alemann

### **Winter 1982/83**

Datenbeschaffung und -analyse II. Vorlesung (4 stdg.)  
Entstehung und Entwicklung der Partei Die Grünen. Einführung in die Politikwissenschaft (4 stdg.)  
Klassiker der Parteiensoziologie I: Die innerparteiliche Perspektive. Seminar  
Politik im Ruhrgebiet. Seminar (mit U. v. Alemann)

### **Sommer 1982**

Die Grünen. Seminar an der *Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung*, Mannheim  
Neuere Tendenzen der Partizipationsforschung. Seminar (mit U. v. Alemann and H. J. Hummell) an der Universität Duisburg

### **Winter 1978/79**

Das politische System der EG. Proseminar (mit O. Niedermayer) an der Universität Mannheim

## **• Veröffentlichungen**

### **a. Monographien, herausgegebene Bände, Datenfiles**

*Political Leaders and Democratic Elections. A Nine Nation Study* (to be co-edited with Kees Aarts and André Blais – forthcoming)

*European Elections Study 1999: Design, Implementation and Results*. (Computer file and codebook prepared with Cees van der Eijk and Mark N. Franklin et al). Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung – forthcoming.

*The Electoral Connection. Preconditions, Mechanisms and Consequences of Voting in Western Europe* (to be co-edited with Andrea Römmele – forthcoming)

*Politische Repräsentation in Europa. Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung über allgemeine Wahlen*. Frankfurt: Campus.

*Political Representation and Legitimacy in the European Union* (co-ed. with Jacques Thomassen), Oxford: Oxford University Press 1999.

*DNW-Nachwahlstudie 1998 - Deutsche CSES-Studie*. Computerfile und Codebook (mit Bernhard Weßels in Zusammenarbeit mit MZES Mannheim, WZB Berlin, ZA Köln und ZUMA Mannheim). Berlin: WZB 1998.

*Europa der Bürger*. [Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Bd. 3, hgg. mit Thomas König und Elmar Rieger]. Frankfurt: Campus 1998.



*European Elections Study 1994: Design, Implementation and Results.* (Computer file and codebook prepared with Cees van der Eijk, Franz U. Pappi, Evi Scholz et al). Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung 1997.

*Das europäische Mehrebenensystem.* [Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Bd. 1, hgg. mit Thomas König und Elmar Rieger]. Frankfurt: Campus 1996.

*Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien* (hgg. mit Franz Urban Pappi). Frankfurt: Campus 1994.

*Wahlen und Europäische Einigung* (hgg. mit O. Niedermayer). Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.

*European Elections Study 1989: Design, Implementation and Results.* (prepared with Cees van der Eijk and Erik Oppenhuis, et. al). Amsterdam: Steinmetz Archives 1993.

*The European Elections of 1989* (co-ed. with R. Mannheimer), Dordrecht: Kluwer 1991 (= *European Journal of Political Research*, Vol 19,1).

*Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Eine Einführung aus politik-soziologischer Perspektive.* Hagen: Fernuniversität 1987.

*Neumitglieder in der SPD* (hgg. mit O. Niedermayer und K. Reif). Neustadt: Verlag Neue Pfälzer Post 1987.

*Neue Politik in alten Parteien.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1987.

## **b. Beiträge zu Zeitschriften und herausgegebenen Bänden**

„Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse.“ In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998*, hgg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).

„Die Deutsche Nationale Wahlstudie - mehr kollektive Aufgabe als aktuelle Realität.“ In *Empirische Wahlforschung in Deutschland*, hgg. von Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr. Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, pp. 529-542.

„Europawahlen, Europäisches Parlament und nationalstaatliche Demokratie: Formen und Folgen der Demokratisierung der Europäischen Union“ (mit Bernhard Weßels). In *Die Zukunft der Demokratie* (WZB-Jahrbuch 2000), hrsgg. von Friedhelm Neidhardt und Hans-Dieter Klingemann. Berlin: Sigma 2000, pp. 295-320.

“Dynamic Representation: the Case of European Integration” (with Jacques Thomassen). In *European Union Politics* 1 (2000), S. 319-40. Übersetzt und wiederabgedruckt als: “Représentation politique et integration européenne” in *Le Vote des Quinze. Les élections européennes de juin 1999*. Eds. Gerard Grunberg, Pascal Perrineau, Colette Ysmal. Paris: Presses de la Fondation National des Sciences Politiques 2000, pp. 49-74

„The Architecture of European Institutions and Citizen Participation.“ In *Citizen Participation in European Politics*, ed. by The Swedish Commission on Democracy. Stockholm: Statens Offentliga Utredningar 1999 (SOU 1999:151), pp. 87-98.

„Introduction: Political Representation and Legitimacy in the European Union“ (with Jacques Thomassen). In *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, co-ed. by Hermann Schmitt and Jacques Thomassen, Oxford: Oxford University Press 1999, pp. 3-21.

„Distinctiveness and Cohesion of Political Parties“ (with Jacques Thomassen). In *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, co-ed. by Hermann Schmitt and Jacques Thomassen, Oxford: Oxford University Press 1999, pp. 111-30.

„Issue Congruence“ (with Jacques Thomassen). In *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, co-ed. by Hermann Schmitt and Jacques Thomassen, Oxford: Oxford University Press 1999, pp. 188-210.

„In Conclusion: Political Representation and Legitimacy in the European Union“ (with Jacques Thomassen). In *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, co-ed. by Hermann Schmitt and Jacques Thomassen, Oxford: Oxford University Press 1999, pp. 257-69.

„Partisan Structures in the European Parliament“ (mit Jacques Thomassen), in *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration*, eds. Richard Katz and Bernhard Weßels, Oxford: Oxford University Press 1999, pp. 129-48.

„Electeurs, élites et élections au Parlement Européen“ (mit Jacques Thomassen), in *Les Enquêtes Eurobaromètres*, eds. Pierre Bréchon and Bruno Cautrès. Paris: L'Harmattan 1998, pp. 131-56.

„Die Übereinstimmung zwischen europäischen Wählern und den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes“ (mit J. Thomassen), in *Das Europa der Bürger* [Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Bd. 3], hgg. von Thomas König, Elmar Rieger und Hermann Schmitt. Frankfurt: Campus 1998, S. 220-41.

„Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz?“ In *Wahlen und Wähler*, hgg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 145-72.

„Mode Effects on Open-ended Agenda Questions“ (with Peter Schrott and Michaela Thoma). In: *Eurobarometer - Measurement Instruments For Opinions in Europe*, ed. by Willem Saris and Max Kaase. Mannheim: ZUMA 1997, S. 101-12.

„Issue Representation“ (with Jacques Thomassen). In: *Representation in the European Parliament*, eds. Michael Marsh and Pippa Norris (= Special Issue of the *European Journal of Political Research* 32,2). 1997, S. 165-84.

„Wahlen“. In: *Handwörterbuch zur Politik.: Die Europäische Union*, hrsg. von Beate Kohler-Koch und Wichard Woyke. Stuttgart: Piper 1996, S. 275-79.

„Germany. A Bored Electorate.“ In: *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*, eds. Cees van der Eijk and Mark Franklin. Michigan: Michigan University Press 1996, S. 137-57.

„El declive desigual de las adhesiones partidistas en Europa occidental y en EE.UU.“ *Boletín Informativo de la Fundación Juan March* 259, April 1996, S. 3-16.

„Region - Nation - Europa. Drei Ebenen politischer Steuerung und Gestaltung in der Wahrnehmung der Bürger.“ (mit A. Scheuer). In *Das Europäische Mehrebenensystem* (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Bd. 1), hgg. von Thomas König, Elmar Rieger und Hermann Schmitt. Frankfurt: Campus 1996, S. 160-79.

„National Party Systems and the Policies of the European Union. First Results from the 1994 European Elections Study.“ *Il Politico* 90:1 (1995), S. 93-107.

"Political Parties in Decline?" (with Sören Holmberg). In: *Citizens and the State* (Beliefs in Government Series, Vol. 1), eds. Hans-Dieter Klingemann and Dieter Fuchs. Oxford: Oxford University Press 1995, S. 95-133.

"Die Befragung" (The survey). In Jürgen Kriz, Günther Nohlen and Rainer-Olaf Schultze (eds.), *Politikwissenschaftliche Methoden*. Lexikon für Politik, Vol. 2, München: Beck 1994 S. 41-43.

"Die skandinavischen Demokratien als Untersuchungsobjekte der vergleichenden Regierungslehre: Eine Einleitung in systematischer Absicht." In: *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*, hgg. von Franz U. Pappi und Hermann Schmitt. Frankfurt: Campus, 1994, S. 9-28.

"Parteibindungen und Issuekompetenz der Parteien als Determinanten der Wahlentscheidung: Eine vergleichende Analyse von Wahlverhalten in zehn Ländern der EG." In: *Wahlen und Europäische Einigung*, hg. von Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994, S. 161-99.

"So dicht war die Mauer nicht! Über Parteibindungen und *cleavages* im Osten Deutschlands". In: *Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland*, hg. von G. Hirscher. München: Verlag Bonn Aktuell, 1992, S. 229-52.

"The Role of the Eurobarometer in the Study of European Elections and the Development of Comparative Electoral Research" (with C. v. d. Eijk). In: *Eurobarometer. The Dynamics of European Opinion*. Festschrift für Jacques-René Rabier, eds. Karlheinz Reif and Ronald Inglehart. London: Macmillan, 1992, S. 257-74.

"One or two ideological dimensions? On the relationship of New Politics and Left-Right orientations in Western Europe" (with J. Hofrichter). In: *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*, hg. von H. Klages, H.-J. Hippler and W. Herbert. Frankfurt/New York: Campus, 1992, S. 187-207.

"About Voting and Non-Voting in the European Elections of June 1989" (with R. Mannheimer). In: *The European Elections of 1989*, eds. Hermann Schmitt and Renato Mannheimer (= Special Issue of the *European Journal of Political Research* 19,1). Dordrecht: Kluwer, 1991, S. 31-54. Also published in Spanish in Pilar del Castillo (ed.), *Comportamiento político y electoral*. Madrid: Centro de Investigaciones Sociológicas (Colección Academia), 1994, S. 405-40.

"Party Attachment and Party Choice in the European Elections of 1989", *International Journal of Public Opinion Research* 2 (1990), S. 169-84.

"Eher mit- als gegeneinander. Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und politischen Parteien in den achtziger Jahren" (mit Jürgen Hofrichter), in: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. von Roland Roth and Dieter Rucht. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1990, S. 469-90.

"Die Grünen: Entstehungshintergrund, politisch-programmatische Entwicklung und Auswirkung auf andere Parteien". In: *Aufbrüche. Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen*, hg. von J. Schmid und H. Tiemann. Marburg: SP-Verlag, 1990, S. 181-94.

"The European Voters Study" (with C. v. d. Eijk and M. Kuechler), *IASSIST Quarterly* 14, 2 (1990), S. 9-13.

"The European Elections of June 15 and 18, 1989 - an overview", *West European Politics* 13 (1990), S. 116-23 [erschien auch auf deutsch im *EG-Magazin* 9/89].

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands." In: *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*, hg. von Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter. Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 282, 1990. S. 129-157. Aktualisierte und überarbeitete Version in der zweiten Auflage des Bandes (Opladen: Leske & Budrich, 1992, S. 133-72).

"Von den Siebzigern in die achtziger Jahre: Die mittlere Parteielite der SPD im Wandel". In: *Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen*, hg. von Karl Schmitt. Frankfurt: Peter Lang, 1990, S. 211-29.

"Was war 'europäisch' am Europa-Wahlverhalten der Deutschen?" *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B43/89, 1989:39-51. Wiederabgedruckt in *Wahlen und Europäische Einigung*, a.a.O., S. 63-83.

"On party attachments in Western Europe, and the utility of Eurobarometer data", *West European Politics* 12/2, 1989:122-139. Reprinted in *Elections and Voting Behaviour: New Challenges, New Perspectives*, ed. Pippa Norris. Aldershot: Hants: Ashgate/ Dartmouth, 1998.

"Politische Generationen, Beitrittserwartungen und Mitgliedschaftszufriedenheit" (mit M. Kus). In: *Neumitglieder in der SPD*, hg. von O. Niedermayer, K. Reif und H. Schmitt. Neustadt: Verlag Neue Pfälzer Post, 1987, S. 75-95.

"Quantitative = survey = attitudes = issue stance = ideology?" (with Karlheinz Reif and Oskar Niedermayer), *European Journal of Political Research* Vol. 14 (1986), S. 685-90.

"Zwischen Homogenität und Polarisierung. Links-Rechts-Orientierungen von Mittleren Parteieliten und Parteielektorate westeuropäischer Parteien." In: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, hgg. von Jürgen W. Falter, Christian Fenner und Michael Th. Greven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984, S. 205-14.

"Attitudes of European Parliaments' Candidates and of Members of the European Parliament: Some first Comparisons on the West German Background." In: *European Elections 1979/81 and 1984*, hgg. von Karlheinz Reif. Berlin: Quorum, 1984, S. 110-14.

"Party Government in Public Opinion: A European Cross-National Comparison", *European Journal of Political Research* 11/1 (1983), S. 353-76.

"Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen" (mit Oskar Niedermayer). *Politische Vierteljahresschrift* 24/3 (1983).

"Del Pluralismo Polarizado al Moderato. El Sistema de Partidos de Alemania Occidental" (mit K. Reif). *Revista de Estudios Políticos (Nueva Epoca)* 27 (1982), S. 65-86.

"Krise der Parteiendemokratie? Zu Funktionen, Leistungen und Defiziten der Parteien in der parlamentarischen Demokratie" (mit Alf Mintzel), *Politische Bildung* 3 (1981).

"Grüne und Etablierte. Zur Verankerung der ökologischen Bewegung in den Parteiorganisationen von SPD, FDP, CDU und CSU" (mit Oskar Niedermayer und Kurt Menke). *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 12/4 (1981), S. 516-40.

"Nine national second-order elections: A systematic framework for analysis of European elections results" (mit Karlheinz Reif), *European Journal of Political Research* 8,1 (1980), S. 3-44 [auch auf spanisch in *Revista de Estudios Políticos (Nueva Epoca)* 16, 1980].

"Die Rolle der Mittleren Führungsschicht der Parteien in den EG-Parteiföderationen" (mit Karlheinz Reif und Oskar Niedermayer). In: *Politikfeld-Analysen*, hgg. von Th. Ellwein. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980.

"Die mittlere Führungsschicht der SPD und die westeuropäische Integration" (mit Oskar Niedermayer), *Die Neue Gesellschaft* 26/6 (1979).

"Wer sind und was wollen die Deutschen im Europäischen Parlament? Sozialprofil, politischer Rückhalt und Zielvorstellungen der deutschen Kandidaten zum Europäischen Parlament" (mit Karlheinz Reif und Klaus Schubert), *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 10/3 (1979).

### **c. Konferenzpapiere u.ä.**

„Multiple Party Identifications.“ Paper prepared for the XVIIIth World Congress of Political Science, Quebec City, August 1-5, 2000.

"The Design of the German National Election Study." Paper prepared for delivery at the 1998 Annual Meeting of the American Political Science Association, September 3-6, 1998. Eine überarbeitete Version des Papiers wurde bei der *National Election Studies Conference*, am 22. - 23. Oktober 1999 in Bologna vorgetragen.

"On the myth of weak parties and strong leaders in the U.S." (with A. Römmele). Paper prepared for presentation at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Warwick, March 23-28, 1998.

„Issues, the Voter and the Media: An Introduction.“ (with P. Schrott) Paper prepared for presentation at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Oslo, March 29 to April 3, 1996.

"Party Choice in Different Political-Structural Environments. Evidence from the 1989 European Elections Study." Paper prepared for delivery at the 1994 Annual Meeting of the American Political Science Association, New York, September 1-4, 1994.

"The 1994 European Election: Its Main Results." Lecture given during the seminar *La eleccion del parlamento europeo* at the *Universidad Internacional Menendez Pelayo*, Barcelona, June 20-22 1994. In Auszügen veröffentlicht als "Wichtig wählen" im *EUMagazin* 9/1994, S. 22.

"Europa der Bürger - Wie steht es mit der Akzeptanz der Betroffenen?" Beitrag zur Konferenz *Europa - Ende des Föderalismus?* Der Hessische Landtag, Wiesbaden, März 1993.

"Party Identification, Issue Competence and the Vote in the Netherlands, Italy and Germany". Handout prepared for the IPSA workshop on *Elections and Party Systems in Contemporary Democracies*, Tallinn (Estonia) January 1993.

"Integrating the Eurobarometer Surveys: The ZEUS experience" (with J. Hofrichter und P. Schubert). Paper presented at ECPR Joint Sessions of Workshops, Colchester 1991.

"Party Identification and the Vote in 1989's European and in National Elections. A comparative analysis across nations and elections based on the post-electoral surveys of the European Elections Study 1989". Annual Meetings of the American Political Science Association, San Francisco 1990.

"Basic Attitudes towards Society, Party Attachment and Satisfaction with Democracy: A Longitudinal Analysis" (with Oskar Niedermayer), *Beliefs in Government*-Workshop of the European Science Foundation, Strasbourg 1988.

"Middle-Level Party Elites and Socio-Political Linkage" (with Oskar Niedermayer), paper presented at ECPR Joint Sessions of Workshops, Rimini 1988.

"Political Mobilization and Partisan Responsiveness". The Future of Party Government Project: European University Institute Florence, 1986.

"Comparative Analyses of Left-Right Orientations on Mass and Elite Levels: The Case of West European Parties", paper presented at the IPSA World Congress, Paris 1985.

"Anregungen zum Nachdenken über das sozialstrukturell basierte Vorurteil gegen den Telefonsurvey" (mit Alexander Misch und Michael Nikolai), ZUMA Workshop zum Telephoninterview, Mannheim 1984.

"Formen politischer Beteiligung innerhalb der Parteien der Bundesrepublik Deutschland", Preprints des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim No. 74, 1982.

"West German Parties and European Integration". Results of two surveys among West German middle-level party elites", Preprints des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim No. 67, 1981.

"Silent Factionalism: Concealed Cleavages in West German Political Party Organization" (with Terry Barton), paper presented at ECPR Joint Sessions of Workshops, Florence 1980.

"West German Elite Attitudes towards European Integration" (with K. Reif), paper presented at ECPR Joint Sessions, Berlin 1977.

#### **d. Forschungsberichte**

*The European Monetary Union and Public Opinion in the European Union*. Report prepared for the Swedish Government Commission on the EMU. Mannheim (ZEUS), May 1996

*Economic Orientations and Attitudes towards European Union* (with I. Weller). Report prepared on behalf of the Commission of the EC. Mannheim (ZEUS), December 1994.

*Mean Left-Right Selfplacement of Party Electorates in the European Community 1973-1994*. Source Book of Eurobarometer Findings (with I. Weller and A. Scheuer). Mannheim (MZES/ZEUS), 2<sup>nd</sup> ed., November 1994.

*Party Attachment and Party Choice in the European Community 1975-1994*. Source Book of Eurobarometer Findings (with I. Weller and A. Scheuer). Mannheim (MZES/ZEUS), 2<sup>nd</sup> ed., November 1994.

*Opinion Leadership, Political Informedness, and European Attitudes*. An Evaluation of Standard Eurobarometer Questions (with I. Weller). Report prepared on behalf of the Commission of the EC. Mannheim (ZEUS), March 1994.

*Die EG-Orientierungen der Deutschen nach Maastricht* (mit H. Treiber). Bericht im Auftrag der SPD-Delegation in der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlamentes. Mannheim und Brüssel: September 1992.

*Science, Technology and Socio-economic and Attitudinal Diversity of the Community Regions* (with P. Bauer). Commission of the European Communities (Monitor - Fast Programme; Prospective Dossier No. 1, Vol. 12; Internal Paper XII-106-92). Brussels: November 1990.

*Structure in European Attitudes* (with H. Treiber-Reif). Report prepared on behalf of the Forward Looking Unit of the Commission of the EC. Mannheim (ZEUS) 1990.

*Die Republikaner*. Eine empirische Analyse von Wählerpotential und Wahlmotiven (mit P. Bauer). Bericht im Auftrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der SPD. Mannheim (ZEUS) 1990.

*Attitudes about Culture and Cultural Participation in the European Community*. Report prepared on behalf of the Commission of the EC. Mannheim (ZEUS) 1989.

*Die Informationskampagne der EG in der Bundesrepublik*. Eine empirische Analyse zum EG-politischen Interesse und Informationsstand der Deutschen (mit P. Knigge-McKenna und J. Metsch). Bericht im Auftrag des Bonner Büros der EG Kommission. Mannheim (ZEUS) 1989.

*Die Einstellung der Bürger der EG zur Realisierung des Binnenmarktes bis 1992* (mit P. Knigge-McKenna). Bericht im Auftrag der Vereinigung der Deutschen Automobil-Industrie, Frankfurt. Mannheim (ZEUS) 1989.

*Science and Technology*. A secondary analysis of Eurobarometer data on public perceptions of the EC science and technology policy (with J. Metsch and W. Dieing). Report prepared for the Commission of the European Communities. Mannheim (ZEUS) 1989.

*Centers of Interest*: How to measure them, and their possible use for EC communication policy. Report prepared on behalf of the Commission of the European Community. Mannheim (ZEUS) 1988.

*Opinion Leaders: Did they really become more sceptical about Europe and the Community?* Report prepared on behalf of the Commission of the European Community. Mannheim (ZEUS) 1988.

*Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland*. Bericht im Auftrag des Bonner Büros der EG Kommission. Universität Mannheim 1986.

*Formen und Schwerpunkte des örtlichen Wahlkampfes 1984 in der Pfalz*. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung zur Europa- und Kommunalwahl. (mit O. Niedermayer und K. Reif). Universität Mannheim 1985.